

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis M. 1,50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Eduard Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Einzelhefte für die stiergepaltene Verteilung oder deren Wegnahme
Veranlagungsanträge und Arbeitervermittlungen 20 Hg.
Versammlungsanzeigen 15 Hg.

Die Arbeitslosigkeit in der Holzindustrie im Jahre 1913.

Seit zehn Jahren wird in unserer Verband regelmäßig am Schlusse jedes Monats eine Zählung der arbeitslosen Mitglieder vorgenommen. Die Ergebnisse dieser Zählung bieten ein wertvolles Material zur Beurteilung der jeweiligen Geschäftslage. Wenn es auch kein gesunder Zustand ist, daß fortwährend, auch zu Zeiten flotten Geschäftsganges eine immerhin beträchtliche Zahl Arbeitsloser gezählt wird, so muß man sich doch mit dieser Tatsache abfinden; sie ist in unserer Wirtschaftsordnung begründet, für deren Bestand die Existenz einer industriellen Reservearmee eine Voraussetzung ist. Kritisch werden aber die Verhältnisse, wenn ein erheblicher Prozentsatz der Mitglieder arbeitslos auf der Straße liegt. Mit diesem Zustand aber haben wir das ganze Jahr 1913 hindurch rechnen müssen.

Die Arbeitslosenziffer ist von Monat zu Monat gewissen Schwankungen unterworfen. Im Hochsommer ist der Geschäftsgang in den wichtigsten Branchen der Holzindustrie in der Regel am lebhaftesten; das bedingt eine Senkung der Arbeitslosenziffer, die dann meist schnell ansteigt und regelmäßig am Jahresende den höchsten Stand erreicht. Das Jahr 1913 zeichnete sich dadurch aus, daß die sonst in den ersten Monaten des Jahres zu beobachtende fortschreitende Besserung ausblieb. Die Arbeitslosenziffer stieg von Monat zu Monat, der Rückgang von Januar auf Februar war verhältnismäßig klein. Dann verschlechterte sich der Stand der Arbeitslosigkeit anhaltend bis zum Juni; der Juli brachte eine, um ein geringes günstigere Ziffer und auch die Besserung in den Monaten August und September erreichte nur ein sehr bescheidenes Maß. Bisher galt das Jahr 1908 als dasjenige, welches seit Einführung der Arbeitslosenzählungen in unserem Verband die ungünstigsten Ergebnisse gezeitigt hatte. In der zweiten Hälfte des Jahres 1913 wurden jedoch die Arbeitslosenziffern des Jahres 1908 noch beträchtlich übertroffen.

Die nachstehende Uebersicht zeigt den Stand der Arbeitslosigkeit jeweils am letzten Tage eines jeden Monats im Jahre 1908 und in den drei letzten Quartalen des Jahres 1913.

	Auf je 100 Mitglieder entfallen Arbeitslose am letzten Tage			
	1908	1911	1912	1913
Januar	5,31	4,23	4,20	4,37
Februar	4,80	3,40	3,42	4,34
März	4,43	2,52	2,61	4,42
April	4,62	2,40	2,39	4,63
Mai	4,59	1,94	2,36	4,80
Juni	4,18	2,02	2,61	4,95
Juli	3,72	1,89	2,04	4,76
August	3,03	1,29	1,55	3,58
September	3,30	1,43	2,22	3,92
Oktober	3,83	2,02	2,95	5,04
November	4,87	2,42	3,50	5,64
Dezember	8,89	4,66	6,76	11,01

Hätte die Arbeitslosigkeit im Jahre 1913 in fast jedem Monat eine früher nicht erreichte Höhe erklagen, so zeigt die Arbeitslosigkeit am Jahresende, wo 11,01 Prozent der Verbandsmitglieder beschäftigungslos waren, einen geradezu bedauerlichen Stand. Hierbei ist aber immer zu beachten, daß in der Zahl der Arbeitslosen nur die wegen Arbeitsmangel feiernden Mitglieder gezählt sind; die kranken Mitglieder sind hierbei nicht mitgezählt und ebenso sind die auf der Reise befindlichen arbeitslosen Kollegen außer Betracht gelassen.

Die Arbeitslosigkeit verteilt sich auf die einzelnen Orte in recht ungleichmäßiger Weise. Am schwersten sind natürlich die großen Städte betroffen. Weit voraus marschieren Berlin, wo die Zahl der Arbeitslosen nicht nur absolut, sondern auch verhältnismäßig weit größer ist als an allen anderen Orten; aber auch in Hamburg, Leipzig, München und in manchen anderen Städten ist die Arbeitslosenziffer verhältnismäßig sehr hoch. In der nachstehenden Tabelle sind die 32 größten Zahlstellen des Verbandes zusammengestellt mit der absoluten und relativen Zahl der Arbeitslosen jeweils am letzten Tage jedes einzelnen Quartals. Bei der Berechnung des Prozentfußes der Arbeitslosen haben wir die von den Zahlstellen angegebene Mitgliederzahl zugrunde gelegt, die, zumal in den größeren Zahlstellen, auf Schwärzung beruht. Am Quartalschluß werden die Mitglieder auf Grund des eingesandten namentlichen Verzeichnisses vom Vorstand gezählt, wobei die Mitglieder, die ohne Stundung nachgesucht zu haben, länger als acht Wochen mit ihren Beiträgen im Rückstand sind, außer Betracht bleiben. Diese Zählung ergibt im Gesamtverband gegenüber den Angaben gelegentlich der Arbeitslosenstatistik

gewöhnlich ein Mehr von etwa 3 bis 3½ tausend Mitgliedern.

Zahlstelle	Arbeitslose am 31. März		Arbeitslose am 30. Juni		Arbeitslose am 30. September		Arbeitslose am 31. Dezember	
	absolut	Proz. der Mitgl.	absolut	Proz. der Mitgl.	absolut	Proz. der Mitgl.	absolut	Proz. der Mitgl.
Berlin	3405	11,45	4384	15,22	2698	9,43	6158	22,00
Hamburg	627	6,53	793	9,85	705	9,12	797	10,32
München	78	1,23	88	1,33	128	1,91	357	5,38
Leipzig	351	5,22	486	7,25	313	4,83	578	9,13
Dresden	389	6,91	289	5,13	185	3,28	546	9,68
Münster	302	5,84	418	8,16	423	8,68	696	14,58
Stuttgart	244	5,43	192	4,53	186	4,43	215	5,20
Bremen	236	5,60	195	4,82	141	3,51	171	4,35
Hannover	161	5,19	270	8,58	140	4,77	317	11,20
Breslau	196	6,57	216	7,58	133	4,77	313	11,47
Frankfurt a. M.	86	3,71	67	2,87	105	4,49	190	8,39
Osnabrück	57	2,43	98	4,13	83	3,73	110	5,03
Fürth	81	3,43	113	4,95	37	1,69	1345	62,38
Düsseldorf	32	1,50	44	1,99	37	1,83	62	3,03
Chemnitz	82	4,10	56	2,78	94	4,64	125	6,26
Mannheim	13	0,82	21	1,27	45	2,69	121	7,32
Schmölln	1	0,07	5	0,30	11	0,66	14	0,88
Cassel	44	3,26	28	1,93	46	3,18	69	4,71
Braunschweig	45	3,12	37	2,56	54	3,79	49	3,39
Stettin	49	3,37	43	2,96	34	2,38	181	13,07
Bremerhaven	18	1,35	22	1,63	15	1,14	14	1,05
Magdeburg	87	5,03	55	4,13	33	2,34	127	9,75
Hildesheim	16	1,27	17	1,35	16	1,27	31	2,52
Königsberg	51	4,42	40	3,22	8	0,65	98	8,02
Mainz	7	0,64	12	1,11	18	1,69	26	2,42
Berford	17	1,65	12	1,17	7	0,63	75	7,01
Gera	26	2,47	20	1,92	46	4,32	52	4,90
Halle	69	5,97	51	4,40	50	4,50	125	11,39
Elberfeld	12	1,12	37	3,45	24	2,20	30	2,86
Kiel	50	4,73	20	1,91	16	1,53	87	8,50
Osnabrück	10	0,98	11	1,05	25	2,44	69	6,60
Regensburg	8	0,84	21	2,10	19	1,94	15	1,59

Zusammen 6730 6,21 8161 7,68 5380 5,55 13163 12,63
Im Gesamtverband 8513 4,42 9582 4,95 7540 3,92 20778 11,01

Diese 32 Zahlstellen umfassen mehr als die Hälfte aller Verbandsmitglieder, weit größer ist aber ihr Anteil an den Arbeitslosen. Nachstehend geben wir eine Uebersicht, welche das Verhältnis zwischen Mitgliederzahl und Arbeitslosenziffer im Gesamtverband und in den 32 größten Zahlstellen deutlich macht.

Erhebungstag	Zahl der Mitglieder nach den Angaben bei der Arbeitslosenzählung		Zahl der Arbeitslosen	
	Im Gesamtverband	In den 32 größten Zahlstellen	Im Gesamtverband	In den 32 größten Zahlstellen
31. März	199 191	108 348	8513	6730 79,06
30. Juni	193 864	107 700	9582	8161 85,17
30. September	192 702	105 979	7540	5380 77,98
31. Dezember	189 219	104 248	20778	13163 63,55

Der auf die großen Zahlstellen entfallende Anteil an der Gesamtmitgliederzahl weist in den einzelnen Quartalen nur geringe Unterschiede auf. Er schwankt zwischen 55,00 Prozent im Dritten und 58,08 Prozent im ersten Quartal. Größeren Schwankungen ist der auf die großen Zahlstellen entfallende Anteil an den Arbeitslosen unterworfen. Am höchsten war er im zweiten Quartal; von dem am 30. Juni arbeitslos gezählten Mitgliedern befanden sich 85,17 Prozent in den größten Zahlstellen, am 31. Dezember war der Anteil auf 63,55 Prozent herabgegangen.

Der Stand der Arbeitslosigkeit am 31. Dezember, wie er sich in unserer Arbeitslosenstatistik widerspiegelt, zeigt ein zwar im wesentlichen regelmäßig um diese Zeit wiederkehrendes, aber im Grunde doch anomales Verhältnis. Das außerordentlich starke Anschwellen der Arbeitslosenziffer an einzelnen Orten, das in der obenstehenden Tabelle insbesondere bei Fürth ins Auge fällt, wo am Jahresende 63,38 Prozent der Mitglieder arbeitslos waren, hängt damit zusammen, daß vielfach die Unternehmer während der, zwischen Weihnachten und Neujahr fallenden Inventuraufnahme die Arbeiter entlassen. Solche Betriebsentstellungen während der Inventuraufnahme kennt man auch in kleineren Orten, zumal in größeren Betrieben. Das macht es erklärlich, daß einmal die Arbeitslosenziffer im Gesamtverband am Jahresende stark anschwillt, dann aber auch, daß der Anteil der Großstädte an den Arbeitslosen nicht so groß ist wie zu den übrigen Zeiten des Jahres. Vergleicht man unsere Ortstabelle hinsichtlich der Arbeitslosenziffer an den vier Stichtagen, dann ist unschwer zu er-

kennen, wo die Stilllegung der Betriebe während der Inventur üblich ist.

Unsere Ortstabelle zeigt zwar, daß die Arbeitslosigkeit in den großen Zahlstellenorten zusammengenommen beträchtlich größer ist als im Gesamtverband; sie läßt auch erkennen, daß in den größten Städten die Zahl der Arbeitslosen ungeheuer groß ist, aber bestimmte Regeln für die Verbreitung der Arbeitslosigkeit lassen sich aus dieser Tabelle schwerlich ableiten. Es gibt sowohl in Norddeutschland, als auch in Süddeutschland Orte mit starker, aber auch solche mit verhältnismäßig geringer Arbeitslosigkeit. Die verhältnismäßig niedrige Arbeitslosenziffer in Chemnitz und in Nürnberg läßt vielleicht darauf schließen, daß der Geschäftsgang in den anderen Branchen noch nicht so schlecht war, wie in der Tischlerei, die in den meisten anderen Städten vorherrscht. Ob dieser Schluß ohne weiteres zutreffend ist, mag dahingestellt bleiben. Schwer ist es auch, eine Erklärung dafür zu finden, daß nahe beieinander liegende Städte mit im wesentlichen gleichen Verhältnissen hinsichtlich der Arbeitslosigkeit so große Unterschiede aufweisen, wie z. B. Köln und Düsseldorf. Auch hier läßt sich die Arbeitslosenziffer in Mainz wesentlich niedriger als in dem benachbarten Frankfurt. Bedeutend größer war die Zahl der Arbeitslosen in Stuttgart, das gleich Mainz einer der Hauptorte der süddeutschen Möbelindustrie ist. Der Umfang der Arbeitslosigkeit in Stuttgart bleibt aber noch wesentlich zurück hinter dem in München. Es ist wie gesagt, nicht leicht, die Ursachen für den größeren oder geringeren Umfang der Arbeitslosigkeit an den einzelnen Orten festzustellen; soweit aber geht aus dieser Statistik hervor, daß im allgemeinen die Arbeitslosigkeit in den großen Städten viel umfangreicher ist als an den kleineren Orten, und daß es deshalb im Interesse der Gesamtheit der Kollegen liegt, wenn die Großstädte nicht überlaufen werden.

Der riesig gesteigerten Arbeitslosigkeit entsprechend sind auch die Ausgaben im letzten Quartale des Jahres 1913 für die arbeitslosen Mitglieder zu machen. Im Jahre 1912 waren die Ausgaben an Arbeitslosenunterstützung schon verhältnismäßig recht hoch. Aus der Mitglieder- und den Vollkassen zusammen wurden an arbeitslose Mitglieder 1 389 486 M. gezahlt. Diese Summe ist aber allein in den ersten drei Quartalen des Jahres 1913 schon beträchtlich überschritten. Nach den jetzt vorliegenden Abrechnungen beträgt die Ausgabe an Arbeitslosenunterstützung in dem Zeitraum Januar-September 1913 1 588 797 M. Ebenso ist die Ausgabe an Reiseunterstützung gestiegen; sie betrug im ganzen Jahre 1912 140 138 M., in den ersten drei Quartalen des Jahres 1913 aber schon 142 834 M. Die Abrechnung für das vierte Quartal liegt noch nicht vor. Wenn man in Betracht zieht, daß die Arbeitslosigkeit in den letzten Monaten des Jahres 1913 verhältnismäßig viel stärker gestiegen ist als in dem gleichen Zeitraum des Jahres 1912, dann werden wir kaum erheblich irren, wenn wir die Gesamtausgabe des Verbandes an Arbeitslosen- und Reiseunterstützung im Jahre 1913 auf zwei und eine halbe Million Mark schätzen. Bei solchen Ausgaben ist es begreiflich, daß das Verbandsvermögen nicht in dem Maße zunimmt, wie es im Interesse der Erhaltung unserer Kampfentschlossenheit zu wünschen wäre. Schließt sich die Abrechnung der Verbandskasse für das dritte Quartal mit einer Mehrausgabe ab, welche einen guten Teil des im zweiten Quartal erzielten Ueberschusses aufgezehrt hat.

Angehts der Not, welche infolge der großen Arbeitslosigkeit über die Familien vieler unserer Kollegen herabgedrückt ist, kann man den Mitleid verstehen, der unter den Arbeitslosen herrscht. Man kann es begreifen, daß der Wunsch laut wird, die Verbandsleitung möge die Arbeitslosenunterstützung erweitern, sei es durch Erhöhung der Unterstützungssätze, sei es durch Verlängerung der Bezugsberechtigung. Es bedarf keiner langen Ausführungen, um es verständlich zu machen, daß der Vorstand nicht berechtigt ist, solche, die Grundlagen unseres Verbandes auf das tiefste berührenden Änderungen aus eigener Machtvollkommenheit vorzunehmen. Das sind Fragen, welche den vorstehenden Verbandsrat beschäftigen werden. Die ungeheueren Summen, welche die Arbeitslosenunterstützung innerhalb des jetzt bestehenden Rahmens erfordert, werden das Parlament der Holzarbeiter jedoch zwingen, in der Frage der Erweiterung der Arbeitslosenunterstützung sehr vorsichtig vorwärts zu gehen.

Der etwa gegen den Verband erhobene Vorwurf, daß er nicht genug für die Arbeitslosen tue, ist unberechtigt. Aber unsere Kollegen sind vollauf berechtigt, zu verlangen, daß die Arbeitslosenfürsorge auf breiterer Grundlage organisiert werde. Reich, Staat und Gemeinde müssen immer

von neuem wieder an ihre Pflichten gegenüber den arbeitenden Mitbürgern erinnert werden. Die Gemeinden gehen nur vorwärts und zögernd vor; die maßgebenden Reichsbehörden verhalten sich ablehnend und so werden in dieser Haltung bestärkt durch die Arbeiterseinde in den verschiedensten Gegenden. Diese Widerstände dürfen uns aber nicht entmutigen! Sie sind durch festen und beharrlichen Willen zu überwinden. Die öffentlich-rechtliche Arbeitlosenversicherung muß und wird kommen!

Die Organisation des städtischen Mittelstandes und der Landwirtschaft.

Die Wirtschaft- und Kampforganisationen des sogenannten bürgerlichen Mittelstandes weisen eine große Unübersichtlichkeit auf gemäß der Tatsache, daß der Mittelstand keinen so einheitlichen Klassencharakter aufweist wie etwa Großbourgeoisie und Proletariat und daß die Interessen der Kleinbürgerlichen Klassen sich nicht so klar herausarbeiten lassen. In der Mitte zwischen Großkapital und Proletariat hat das Kleinbürgertum in der Hauptsache nur das eine Interesse: von beiden nicht erdrückt zu werden. Es muß daher nach beiden Seiten hin seine Forderungen formulieren, was natürlich schwieriger ist und zu größeren Widersprüchen mit der rauen Wirklichkeit führt, als wenn man sich auf eine Seite beschränken kann. Daraus erklärt sich auch die zwitterhafte Stellung des Kleinbürgers in politischer Beziehung: er ist radikal und reaktionär, je nachdem er die ihm drohende Arbeiterkraft oder die von ihm beneidete Bourgeoisie liebt oder hasst; vielmehr er liebt oder hasst sie, je nachdem er dieser oder jener sich wirtschaftlich verwardt fühlt. Die Interessensphäre ist also nicht so scharf abgegrenzt, und daraus erklärt sich die Unklarheit und das Widerspruchsvolle der mittelstandspolitischen Forderungen, die sich am deutlichsten durch die Tatsache charakterisieren lassen, daß zwar der Kampf gegen das große Industriekapital aufgegeben ist, der Kampf gegen das große Handelskapital (Warenhäuser) jedoch fortgesetzt wird.

Wir haben es innerhalb des Mittelstandes vornehmlich mit zwei Hauptgruppen zu tun: mit dem Handwerk und dem Detailhandel. Die ausschlaggebende Organisation des ersteren ist der Verband der deutschen Handwerkskammern, der periodisch zu einem Deutschen Handwerks- und Gewerbetagungstag zusammentritt. Sein Bestreben geht wesentlich dahin, die Konkurrenz des großen Kapitals abzuwehren. Wenn dieses Bestreben muß naturgemäß unfruchtbar bleiben, wenigstens im großen und ganzen. In die Mittelständler weder die Macht noch den Willen haben, den großkapitalistischen Bedränger erfolgreich abzuwehren, versuchen sie es indes, den wirtschaftlich noch schwächeren Arbeiter zu bedrängen. Das erscheint bequemer und aussichtreicher. Sie verlangen deshalb, nach berühmten Mustern, einen besseren Schutz der Arbeitwilligen, Mindestleistungen bei Festlegung von Minimallöhnen, Rechtsverbindlichkeit der Tarifverträge, und im weiteren die Beschäftigung für die Berufsvereine. Wichtigster aber als diese Forderungen ist die Ablehnung aller wirklichen Sozialpolitik zugunsten der Arbeiter, ist die Verhinderung aller Arbeiterforderungen, ist die Unterdrückung aller Schanzenschießerei. Darin besteht die eigentliche Tätigkeit der Mittelstandsorganisationen, liegt ihre wahre Bedeutung und entspringt die Gefährlichkeit für den wirtschaftlichen Fortschritt.

Neben den Handwerkskammern gibt es natürlich auch freie Organisationen. Die größte ist der Verband deutscher Gewerbe- und Handwerksvereine, dem (1911) 1047 Vereine mit 177 000 Mitgliedern angehören waren. Auch der Hansabund ist hierher zu rechnen, denn er hat sich ja vorwiegend die große Masse der städtischen Bevölkerung als Schutzobjekt angesehen und seine Mitgliedschaftspolitik wird demgemäß von Mittelstandsinteressen diktiert. Gewerbetreibende und Kaufleute aller Größen haben ihn schließlich dazu gebracht, auch die Konsumvereine, in erster Reihe die der Beamten, zu bekämpfen, obwohl der Hansabund anfangs auch auf den Beitritt der letzteren — des neuen Mittelstandes — rechnet und ein Teil der privaten Angestellten sich von ihm auch einfangen ließ. Aber so wie zwischen Handwerkern und Detailhändlern, so hat sich schließlich eine Art Ausgleich zwischen den letzteren Gruppen des Mittelstandes ergeben, ein Ausgleich, der allerdings zunächst dem gemeinsamen Hasse gegen die Arbeiterschaft seinen Ursprung verdankt. Wenn man schon sonst sich nicht eintragen kann und über politische und handelspolitische Fragen, über Steuer- und andere Probleme oft verschiedener Auffassung ist, in dem einen Punkte treffen sie alle, auch die divergierendsten Meinungen: in der Politik gegen die Arbeiter. Da ahmt der kleine Handwerksmeister gerne dem großen Fabrikanten nach und blüht sich auf wie ein Feind. Das Produzenten-, das Konsumenteninteresse macht sie alle zu Arbeiterfeinden.

Eine dritte große Zentralorganisation ist der „Mittelständische Mittelstandsverband“. Er hebt die gewerbetlichen Wirtschaftsforderungen, die der Hansabund zum Teil fallen ließ oder nebensächlich behandelte, auf sein Programm und bringt auch viel schärfer als der Hansabund seine Wünsche in der Arbeiterfrage: Schutz gegen gewerbetlichen Terrorismus, gegen Streik und Boykott. Wichtig kommt hier zum Ausdruck, daß in der Prust des Kleinbürgers mehrere Seelen wohnen; die eine, die sich zum mobilen Kapital, die andere, die sich zum agrarischen Kapital hingezogen fühlt, dessen Zukunftsprognostik noch reaktionärer, noch arbeiterfeindlicher sind als die immerhin wenigstens „liberalen“, „national-liberalen“ oder „liberalen“ städtischen Großhändler und Finanzleute. Es sind die städtischen Bodenbesitzer, die mit den ländlichen Grundbesitzern sympathisieren, und denen das Interesse dieses Vermögens über alles geht. Auch hier kann man sagen, daß mehr noch als die positiven Interessen das negative Interesse sie verblindet: gegen das Andringen der klassenbewußten Arbeiterschaft einen Pakt zu bilden. Wären im übrigen die Anschauungen noch so wenig gleichartig sein — das bestlose Proletariat, welches nicht einmal über mobile Kapitalien verfügt, ist ihnen gleichermaßen im Wege und läßt sie im ruhigen Genuß. (Schluß folgt.)

Die gewerblichen Produktgenossenschaften in Deutschland.

Die Produktgenossenschaften gelten in Deutschland lange Zeit als eines der Mittel, die Arbeiter aus der Sklaverei des Kapitals zu befreien, indem man sie selbst zu Unternehmern machte. Heute wissen wir, daß man mit Produktgenossenschaften allein weder den Kapitalismus aus den Angeln heben, noch etwa gar die soziale Frage lösen kann. Produktgenossenschaften im ursprünglichen Sinne setzen voraus, daß möglichst alle Genossen in dem Betriebe unterkommen sollen. Eine Genossenschaft Unbe-

mittelten aber, um die es sich doch hier stets handelt, wird, kann das dazu erforderliche Mittelkapital nicht aufbringen. Erfolgreiche Produktion setzt also ein größeres Betriebskapital voraus. Wo dieses fehlt, ist der Rubin schon von vornherein sicher.

Etwas ähnlicher als allgemein liegen für eine Produktgenossenschaft die Verhältnisse in Berlin, deren Produkte sich schnell wieder in das Geld verwandeln und deren Abnehmer eine mit der Genossenschaft sympathisierende Masse ist. Dies trifft zum Beispiel bei den Zuckerwaren zu. Bei Weizen dagegen liegt das Geld lange im Produktionsprozess fest, und die Arbeiterlast ist bis heute nur bei Abnehmer der billigen Wa.

In allgemeinen können Genossenschaften ohne ausreichende eigene Mittel in der Regel nicht lange existieren, der erste Sturm wirft sie über den Haufen, während andere, die über genügend eigenes Geld verfügen, sich meist gar bald zu kapitalistischen Betrieben entwickeln und damit jeden Wert als Hilfsmittel zum sozialen Aufstieg der Arbeitervlasse verlieren.

Die Zahl der bestehenden Produktgenossenschaften ist denn auch in Deutschland gegenwärtig recht gering. Eine kürzlich erschienene Schrift von Dr. Herbert Weill*) hat als am 1. Januar 1913 bestehend 178 gewerbliche Produktgenossenschaften dieser oder ähnlicher Art festgestellt. Die Produktbetriebe der Konsumgenossenschaften ebenso wie diejenigen in Genossenschaftsform auftretenden Vertriebs anderer Verbraucher- oder auch Kapitalgenossenschaften sind dabei ausgeschlossen. Insbesondere waren dies Brauereien der Arbeitervereine und Betriebe landwirtschaftlicher Gruppen. Auch dieser Stellung beschränkt sich auch in der Liste des Verfassers mindestens 22 Genossenschaften, die wahrscheinlich alle zu der letzteren Gruppe gehören, so z. B. Eisfabriken der Konditorenvereine, Mineralwasser- und auch Pralinenfabriken der Kolonialwarenhändler und dergleichen mehr. Das Verzeichnis zählt neben zehn Produktgenossenschaften verschiedener Verufe sechs des Handwerkes auf, die wohl ebenfalls als kapitalistische Unternehmungen zu betrachten sein werden.

Nach der Berufsart sind am zahlreichsten die Buchdrucker mit 11 Betrieben vertreten, doch handelt es sich hierbei entweder um alle Betriebe, die zwar noch die Form der Genossenschaft tragen, aber in Wirklichkeit längst im tatsächlichen Besitze einiger weniger Personen sind, oder um neuere Betrieben unternehmen der Arbeiterschaft, deren Betriebsmittel auf dem genossenschaftlichen Wege aufgebracht wurden. Die übrigen Genossenschaften sind 11 aufgeführt, die zum Teil für Konsumvereine liefern. Sobald diese jedoch Eigenbetriebe eröffnen, ist ihre Existenz in der Regel bedroht. In diesen Betrieben treten die Mitglieder der Genossenschaft unter den eigenen Arbeitern in der Regel ganz zurück, sie unterstehen meist indirekt den Abnehmern ihrer Produkte. Bei den je acht Genossenschaften der Tabakarbeiter, Weber, Schuhmacher und Schneider und einer solchen der Maler blüht sich zwar die Mitgliedschaft vorwiegend aus Berufsangehörigen rekrutieren, doch ist meist nur ein Teil der Genossen im eigenen Betriebe beschäftigt. Dasselbe trifft auf eine genossenschaftliche Zuckerwarenfabrik zu. Eine Fliesenlegergesellschaft in Weiden hat nähere Angaben nicht gemacht, doch ist anzunehmen, daß sie nur Genossenschaftler beschäftigt.

*) Die gewerblichen Produktgenossenschaften in Deutschland, von Dr. Herbert Weill, Verlag von Max Steinbach in München.

Was die Organisation leisten kann.

Dieses Wort könnte man als Motto über die Geschichte schreiben, die in dem Buchlein erzählt wird, welches der Verbandsrat kürzlich unter dem Titel: „Der Braunschweiger Rademacher Schimpf Anno 1792“ herausgegeben hat. Es handelt sich um kein Phantasieprodukt; die Geschichte gründet sich auf Akten, die im Preussischen Staatsarchiv aufbewahrt und durch den hier erfolgten Abdruck weiterer Kreise zugänglich gemacht werden. Zur Zeit als die Geschichte spielte, galten für die Arbeiter noch die Repressionsverbote, welche erst durch die im Jahre 1808 erlassene Gewerbeordnung aufgehoben wurden. Die alten Ämter existierten zwar noch, aber ihre Tätigkeit war längst dahin. Die Handwerksvereine waren in städtischen Organisationen, die von den Behörden fortwährend überwacht wurden. Durch unglückliche Verschwörungen und Verbrechen wurde das „Handwerksmishandeln“ entgegengewirkt, d. h. die Gewerbebehörden zu hindern, von ihren Maßnahmen Gebrauch zu machen. Aber diese „Mishandeln“ waren so leicht nicht auszuführen, und die Herren des Straßens und der Werkstätten spielten, wenn diese Namen auch damals noch nicht bekannt waren, in dem Arsenal der Gewerbeverbote eine große Rolle. Darin lag die Gefahr auch öffentlich vorbedacht, so handhabten sie dieselben im stillen um so geschicklicher.

Der Braunschweiger Rademacher Schimpf hatte keine solche in der Silberordnung, welche dem Meister das Recht gab, den Gesellen jederzeit ohne Kündigung zu entlassen, sondern die Gesellen des Arbeitverhältnisses erst nach vierzehntägiger Kündigung lösen konnten. Aber 18. März 1792, verurteilte die Braunschweiger Rademacher-Gesellschaft im Jahre 1792 die Silberordnung der vorerwähnten Silberordnung und verlangte eine Veränderung der üblichen Arbeitszeit von 12 auf 16 Stunden. Das hatte eine Veränderung der Silberordnung erforderlich gemacht, zu welcher jedoch die Obrigkeit keine Zustimmung verweigerte. Die Gesellen verwarnten den Meister durch ein Schreiben, mit dem damals nicht nur die Silberordnung, sondern auch die Silberordnung aufhoben, und die Silberordnung gestrichelt hatte.

Die Arbeiter gingen nach Hannover und quartierten sich dort in der Herberge ein. Die Braunschweiger Behörden erließen jedoch, sie durch Mittel zu hindern, zu lassen. Die Arbeiter verweigerten aber das mittlere Schreiben durch das Verbot, sie nicht zu hindern, aber sie ge-

lobten sich, die Arbeit nicht früher aufzunehmen, bis ihre Forderungen erfüllt seien. Sie gingen also jeder zu seinem Meister, aber keiner rührte ein Stück Arbeit an. Der Polizeidirektor ließ nun die ganze Gesellschaft ein paar Tage einsperren, aber auch das rührte ihren harten Sinn nicht; aus dem Gefängnis entlassen, übten sie weiter passive Resistenz. Nur ein einziger wurde abtrünnig, die übrigen wurden „auf Serenissima höchsten Befehl ihre Profession als Gesellen in hiesigen Landen ferner fortzusetzen für unfähig“ erklärt und des Landes verwiesen.

Den ehrbaren Rademachermeistern zu Braunschweig war aber damit nicht geholfen. Die ausgewiesenen Gesellen veranlaßten in den Städten, in welche sie kamen, daß der „Schimpf“ über das Braunschweiger Rademacher-Gewerk verhängt wurde. Damit waren die Braunschweiger Meister begünstigt; Braunschweig war für ehrliche Rademacher-Gesellen gesperrt, und die Sperre wurde auf das Schärffste durchgeführt. Es mußte nicht, daß der Hamburgische Senat öffentlich bekannt gab, die Rademacher-Gesellen-Gesellschaft habe den nach Braunschweig gerichteten Schimpfbrief widerrufen. Diese Erklärung war von den Gesellen erzwungen worden und blieb unbeachtet.

Der „Schimpf“, oder wie wir heute sagen würden, die über Braunschweig verhängte Sperre tat ihre Wirkung. Die Meister belagerten nicht nur keine Gesellen, auch die Lehrlinge, die in Braunschweig ausgebildet hatten, galten, wo sie ankamen, als unehrlich und wurden erst für voll angesehen, wenn sie anderwärts aus neu gelernt und sich noch einmal hatten losprechen lassen. Die Abtrünniger, welche ein solches in Braunschweig ausgebildeter Rademacher erlebte, führten zu diplomatischen Verhandlungen zwischen verschiedenen Regierungen, und sie bilden den Hauptinhalt der hier in Frage kommenden Akten im Preussischen Staatsarchiv. Der betreffende Rademacher, namens Willens, hatte im Jahre 1792 in Braunschweig angelehrt und ging auf die Wanderschaft. In Thorn, das damals zum Königreich Polen gehörte, nahm der Arbeit. Der Gesellschafter übernahm er seine Herkunft aus Braunschweig. Er gab an, daß er in Berlin gelernt habe, daß ihm aber keine Papiere geföhlet worden seien. Ihm wurde angegeben, sich eine Bescheinigung aus Berlin lassen zu lassen. Nach einigen Wochen war er aber doch genötigt, seinen Kollegen klaren Wein einzuschänken. Man mußte er sofort abwandern, um sich in Berlin zum ehrlichen Gesellen machen zu lassen.

In Berlin trat Willens für kurze Zeit noch einmal in die Lehre, er wurde auch neu ausgebildet, aber einen Lehrbrief konnten ihm die Berliner Meister nicht anstellen, denn dadurch hätte die Schließung zur Kenntnis der Behörden kommen können, welche solches nun als eine Verletzung der „Handwerksmishandeln“ hart geahndet hätten. Dem Willens war aber nun immer noch nicht geholfen; als er nach Warschau kam und dort erzählte, wie es ihm gegangen sei, aber keinen Berliner Lehrbrief vorweisen konnte, wurde ihm bedeutet, daß der Braunschweiger Schimpf immer noch auf ihm laste, und daß er in einer ehrlichen Stadt seine Arbeit annehmen dürfe.

Nun ging Willens wieder nach Thorn. Die Thorne Brüderlichkeit wandte sich scheinbar nach Warschau um Rat. Die Warschauer Brüderlichkeit antwortete, daß sie den Braunschweiger nicht eher als einen rechtshändigen Gesellen halten, bis der Streit mit Braunschweig beendet ist. Willens blieb nun zwar in Thorn, aber er war bei der Gesellschaft in Verruf. Als er später seine Meisterkinder heiraten und Meister werden wollte, da machten ihm die Meister Späne; sie fürchteten, durch die Aufnahme des Braunschweigers gleichfalls in Verruf zu kommen. Auf ihren Rat wandte sich Willens mit einem Schreiben an die Behörden in Braunschweig. Nunmehr nahm das Preussische braunschweigische Konsulat die Sache in die Hände. Auf eine Beschwerde an die preussische Regierung (Thorn war inzwischen von Preußen annektiert worden) erging eine sehr ungnädige Resolution des Königs von Preußen an die Westpreussische Kammer mit der Anweisung, die Handwerksmishandeln zu unterdrücken und die Spätschlichter der Gesellen erforderlichen Falles sofort zu arretieren.

Um den Schimpf vom Braunschweiger Rademacher-Gewerk zu nehmen, wurde der preussische Gesandte in Warschau beauftragt, bei den dortigen Behörden das Erforderliche zu veranlassen. Die Rademacher-Gesellschaft in Warschau war es ja, die, wie aus ihrem Schreiben nach Thorn hervorging, den Schimpf gegen Braunschweig hauptsächlich aufrecht erhielt. Die Warschauer Behörden hatten zu einer besonderen Strenge keine Neigung, sie fürchteten, daß damit der Schimpf auch auf ihre Stadt ausgebeutet werden könne. Sie rieten, den Braunschweiger Meister zu empfehlen, sich in Frieden mit den Gesellen zu einigen.

Der preussischen Regierung fehlte es nicht an gutem Willen, dem „Handwerksmishandeln“ mit Strenge entgegen-

Warnung vor Zuzug!

(Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Gewerung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlass geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinsichtlich begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.)

- Zuzug ist ferngehalten von:
 - Mühlern, Maschinisten und Hilfsarbeitern** nach Czarsk, Gochersdorf (Tischfabrik Menzel), Schönwald im Fichtelgebirge, Slegsdorf b. Traunstein (Buchner), Torgelow, Wiltkau in Sachsen, Witten in Holland, Wens.
 - Stuhlbauern und Polsterern** nach Neuhausen i. Sa. (Otto Geisert), Wiltkau i. Sa.
 - Berggoldern, Grundröhrern, Bergzieren und Farbglasmachern** nach Slatbrugg bei Zürich (Welters).
 - Stellmachern** nach Dresden (Hofwagenfabrik Seluz, Kläber), Frankfurt a. M. (Woyler u. Graupner), Karolstede- und Lugsowagenfabrik), Nadeberg in Sachsen (Wagenfabrik E. Heuer).
 - Werkstofflern** nach Kumund bei Verejad.
 - Schleimachern** nach Breslau (Schleimfabrik H. Ehrmann u. Co.)
 - Korbmachern** nach Donnern (Stilke, Aufberhebe), Geestemünde (Abraham), Schiffboreshamm bei Geestemünde (Wüller), Kristiana in Norwegen.
 - Witstern- und Plafelmachern** nach Schwelm.

Der Charakter der meisten Produktgenossenschaften ergibt sich aus ihrer Entstehungsgeschichte. Wohl die Mehrzahl bei den hier genannten ist bei oder nach einem Lohnkampf gegründet. Es galt eben, die Opfer des Kampfes unterzubringen. Es gibt allerdings auch solche, die nicht aus der Notwendigkeit der Unterbringung, sondern aus der beim Ruhm der betrieblichen Produktion gebotenen Selbstenständigkeit mit sofortigem Ablauf geboren wurden. Dies trifft u. a. besonders auf manche der Berliner Genossenschaftsfabrikanten zu.

Aus den Verufen der Sozialisten zählt Dr. Well 34 Genossenschaften auf, nämlich: 20 Tischlereien, 2 Klaviaturfabriken, 2 Pantinenmachereien (Killinghufen und Kreuzenbrüggen), 1 Perlmutterknopffabrik (Frankenhausen), 1 Mästenfabrik (Mamberg), 1 Regulatorröhrenfabrik (Polonik) und 1 Schiffzimmerfabrik (Memel). Ueber den letzteren Betrieb fehlen nähere Angaben vollständig. Es dürfte sich wohl hier nur um die Form der Genossenschaft handeln, nicht aber um einen Betrieb, der seine sämtlichen Ueberläufe den Arbeitern wieder zuführt, wie dies doch ursprünglich der Gedanke der Produktgenossenschaft war. Von diesen 34 Genossenschaften geben 14 selbst einen Streit als Ursache zu ihrer Gründung an, was aber dabei durchaus nicht ausschließt, daß es in ihrem Betriebe selbst einmal zum Streit oder gar zur Aussperrung kommt.

Außer der Genossenschaft in Memel kann wohl auch die in Potsdam aus unseren Betrachtungen auscheiden, dazu ferner eine Schreiner-Genossenschaft in Wittenberge, deren acht Genossenschaftler je 1000 Mk. Geschäftsanteil leisteten, sowie eine weitere in Pils in Württemberg. Diese ist von Landmeistern gegründet, um gemeinsam Maschinen

zuzusetzen, aber der Schimpf gegen Braunschweig galt auch jenseits der preussischen Grenzpfähle. Wie weit er Geltung hatte, zeigt der von Preußen der braunschweigischen Regierung erteilte Rat, auch in den anderen Staaten, namentlich in Hannover und Petersburg, auf Abstellung des Mißbrauches anzutragen. Zugleich hatten die Braunschweiger Meister, die längst müde waren und die Aufhebung des Schimpfes um jeden Preis herbeiführten, versucht, mit unwichtigen Gesellenverbindungen anzuknüpfen. Die hannoversche Gesellschaft unterbreitete ihnen einen Vorschlag, der an Unbefriedenheit nichts zu wünschen übrig ließ. Die Meister sollten einige hundert Taler als Erlös für den Schaden, der die 15 ausgewiesenen Gesellen feinergeil erlitten, zahlen. Die Obrigkeit sollte erklären, daß die gegen jene 15 erlassenen Maßnahmen zu Unrecht erfolgt seien, und ihnen eine öffentliche Ehrenerklärung geben. Schließlich sollten die Meister auch die Hilfe- und Beihilfen für eine aus mehreren Bruderschaften, darunter auch der Petersburger, zusammengesetzte Deputation tragen, die in Braunschweig mit allen Ehren empfangen werden müßte.

Die Braunschweiger Meister wären gern geneigt gewesen, alles zu bewilligen. Sie hatten die Behörden inständig, den Wünschen der Gesellen entgegenzukommen. Die städtischen Behörden wären auch zu einem gewissen Entgegenkommen bereit gewesen, doch wurde ein solches vom Herzog auf das strengste verboten. Das Ministerium gestattete aber in geheim den Meistern die Forderung der Gesellen, soweit es sich um Geld handelte, zu bewilligen. Auf diesem Wege dürfte dann auch der Streit geschlichtet worden sein. Bei den Alten befindet sich noch ein vom 9. August 1796 datiertes Schreiben, in welchem die preussische Regierung von der nunmehrigen völligen Beilegung des Streites unterrichtet wird. Der Braunschweiger Adelsbesitzer Schimmler hat somit 6 Jahre gedauert und die Gesellen haben, dank ihrer Einigkeit, einen glänzenden Erfolg nicht nur gegen die Meister, sondern auch gegen diverse Regierungen erlitten.

Es war eine dankenswerte Leistung, daß die Urkunden über diesen Handel dem Frankfurter entzogen wurden. Die Geschichte von diesem Braunschweiger Schimpf berichtet nicht nur unser Wissen über die alten Gesellenverbindungen, sie enthält auch wichtige Lehren für die Gegenwart. In Erkenntnis, daß eine kraft organisierter Arbeiterschaft auch vor den schwierigsten Aufgaben nicht zurückzuschrecken braucht, ist dabei nicht die am wenigsten wichtige.

zu kaufen, und hat dazu von der württembergischen Staatskasse 4250 Mk. Zuschuß erhalten. Diese Genossenschaft stellt nur unorganisierte Arbeiter ein, die für elf Stunden Arbeitstag 4 Mk. Lohn erhalten.

Von den verbliebenen 30 Genossenschaften haben allein 20 ihren Sitz in Groß-Berlin, nämlich 2 Klaviaturfabriken, 1 Bau- und 17 Mübeltischlereien. In der Gliederung herrscht hier der Phantastensinn vor, Fortuna, Phönix, Stern usw., was schon an sich wenig kreditwürdig erscheint. Die Betriebe, so groß sie an der Zahl scheinen, sind nur die schätzbaren Reste zahlreicher Gründungen, von denen die meisten bald wieder von der Bildfläche verschwanden. Durchweg arbeiten die Genossenschaftler mit Wohngeleuten zusammen, wobei in der Regel die Zahl der letzteren überwiegt. Die Arbeitsbedingungen sind dabei meist die tarifmäßigen, oft aber auch nicht die besten. Wo der Betrieb sich rentiert, wird er gegen neuen Zuzug abgeschlossen, indem man von solchen Bewerbern Betriebsbelegungen von 1200, 4000, ja sogar 6000 Mk. fordert. Dagegen geht der Geschäftsanteil nur selten über 50 Mk. hinaus, einige wenige haben jedoch auch 250 bis 1000 Mk. Anteil vorgesehen. Und da gilt es Vorsicht üben, denn es ist schon vorgekommen, daß zweifelhafte Unternehmungen sich der Form der Genossenschaften bedienten, um Opfer in ihre Netze zu locken, die dann glatt um den einbelegten Betrag kommen.

Kampfehend für die Art mancher solcher Berliner Produktgenossenschaften ist die nachstehende Zuschrift, die uns vor einiger Zeit von dem Kollegen der Berliner Tischlerinnung zugeht. Dieser Kollege schreibt:

„Daß die Dummen nie alle werden, das haben auch einige Kollegen aus Groß-Berlin bewiesen, die ihre Ersparnisse an eine Wäntschereigenossenschaft hingaben, welche schon seit Jahren mit Unterbillung gearbeitet haben muß. Natürlich wurde das Geld der Neueintretenden auch mit verpulvert. Diese hätten sich vor Schaden bewahren können, wenn sie sich vorher nur ein bißchen informiert hätten. In Berlin ist doch dazu wahrlich reichlich Gelegenheit. Wenn die Beiträge an die Krankenkasse und Berufsgenossenschaft nicht abgeliefert werden, wie hier, dann muß das doch zu denken geben. Einzelne unserer Kollegen sind aber wie mit Blindheit geschlagen. Nur schnell in solche zweifelhafte Genossenschaft hinein. Dann wird Tag und Nacht geschuftet, und schließlich sind doch die Ersparnisse oder das zusammengepumpte eingezahlte Geld fort. Dann beginnt die Suche nach einem neuen Dummen. Es wird durch diese Tischlereigenossenschaften eine Konkurrenz der schmutzigsten Art entwickelt, denn sonst würden dieselben ja keine Aufträge erhalten. Viele Genossenschaften in Groß-Berlin haben nichts weiter an sich als ihren schönen Namen. Und so schön der Name ist, je schlechter ist ihre Sache. Von einigen Genossenschaftsbetrieben abgesehen, muß unseren Kollegen direkt gesagt werden: „Haltet euch vor dem Eintreten.“ Später bliesen sich diese Kollegen nicht dollagen, daß sie trotz vermehrter Arbeit nur ihr und auch fremdes Geld ausgeben. Solche Betriebe sind dann nur ein Krebsgeschwür in unserem sonst ohnehin traurig bestellten Beruf. Vor Neugründungen muß deshalb gewarnt werden, denn dieselben können nicht in reeller Weise bestehen. Die Lüge in unserem Beruf ist in Berlin so schon ungesund. Es können aber durch solche Genossenschaftsgründungen die Verhältnisse sich für die Beteiligten nur in seltenen Fällen so gestalten, daß sie dabei mehr haben als vorher als Geselle. Es ist klartraugig einzugestehen, daß oft Kollegen, welche früher als Geselle ihren Mann standen, jetzt als Genossenschaftsbeteiligte mehr als Lohnflaven sind im Dienste einzelner streppeloser Hausdantreibender.“

(Schluß folgt.)

Soziales.

Bismarck als Sozialpolitiker.

Es wäre sicherlich besser gewesen, man hätte den Alten im Sachsenwald in seiner Gruft ruhen lassen, anstatt ihn wieder ans Tageslicht zu zerrren und der öffentlichen Kritik preiszugeben, vor allen Dingen aber wäre es weislicher gewesen, wenn man seine Ansichten über Sozialismus und Sozialdemokratie, über Sozialpolitik und Arbeiterfürsorge, mit dem Mantel der Nüchternheit zugedeckt hätte. Bismarck hat zellebens wenig genug von diesen Dingen verstanden und es schloß ihm auch das Empfinden für die Noth der proletarischen Unterschichten, aber was er in jener Zeit geredet und geschrieben hat, als man ihn festgestellt hätte und er „als Mörgler pökelnd hinter dem Viehwagen verlief“, das geht doch über's Wohlgefallen. Und gerade jene Zeit hat man wieder ausgegraben, um den Nationalheros als Schutzherr und Schirmherrscher der Scharfmacher dem geeigneten Publikum vorzuführen.

Der frühere Redakteur der „Hamburger Nachrichten“, Hermann Hofmann, der Eintast des odgerüsteten Reichstanzlers, hat sich deswegen gefüllt, alle bemerkenswerten Neuherausgaben Bismarcks aus den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts zusammenzustellen und in zwei bänden Bänden zu veröffentlichen. Die Schatzkammerpresse ist über dieses Werk hochentzückt, denn die Aktualität des „alten Königs“ kommt ihr sehr zu statten in dem Kampfe gegen die aufstrebende Arbeiterklasse. Aber gerade aus diesem Grunde wollen wir einmal die Bismarckischen Weisheiten unter die Lupe nehmen und sie auf ihre Nützlichkeit prüfen, anderenfalls würden wir den Wunsch haben, daß man die Toten ihre Toten begraben lassen soll.

Bismarck war als erblicher Junker und späterer industrieller Unternehmer ein echterer Wegweiser der Sozialdemokratie, deren Entstehung er aus der Deutlichkeit der Waffen und der Dekadenz der Führer erklärte. Er stützte die Behauptung auf, die Sozialdemokraten wollten Christen-

tum, Monarchie, Ehe, Eigentum und gesellschaftliche Ordnung abschaffen, und da der Staat alle diese Dinge schützen wolle, so sei es notwendig, daß er mit aller Kraft gegen die Sozialdemokratie vorgehe. Er müsse die Unzufriedenen nicht mit Gacchandschuhen anfaßen, sondern er müsse mit eisernen Faust zuereisen. Zunächst müßten die Sozialdemokraten außerhalb von Recht und Gesetz gestellt werden: man müsse ihnen das aktive und das passive Wahlrecht nehmen und man müsse ihnen auch die Benutzung der Arbeitervereine und Bequemlichkeiten des von ihnen beherrschten Staates unenthalten. Ferner sei es wünschenswert, wenn die Sozialdemokraten zum Aufstand getrieben und dem ehrenthätigen niederkartelliert würden. Dabei macht es für den alten Gewaltmenschen keinen Unterschied, ob es sich um Anarchisten oder Sozialdemokraten handelt, denn Anarchismus und Sozialdemokratie wirft er in einen Topf.

Wie wenig sich Bismarck in seiner neuen Rechtsrechnung hineinzufinden vermochte, die so auf der Grundlage des gleichen Rechts für alle beruht (in der Theorie), das beweist deutlich seine Stellungnahme gegen den Streikrecht der Arbeiter. Wenn die Unternehmer ihre Arbeiter aussperrten und auf die Straße werfen, so hat er dagegen nichts einzuwenden, wenn aber die Arbeiter dem Unternehmer die Arbeit verweigern, wogu sie doch gesetzlich berechtigt sind, so erscheint ihm dies als ein Verbrechen und als der Beginn des revolutionären Umsturzes. Als im Jahre 1862 der Hamburger Hafenarbeiterstreik ausbrach, suchte er die Behörden scharf zu machen, indem er es für ihre Pflicht erklärte, die Unternehmer in ihren Betrieben mit allen Mitteln zu schützen. Die Auffassung, daß die streikenden Arbeiter den Schutz der Landesgesetze in demselben Maße finden müßten wie die Unternehmer, hält er für das Ergebnis einer doltrindären Verzerrtheit, die mit den tatsächlichen Verhältnissen unvereinbar ist. Leute, die einen gewalttätigen Umsturz der Staats- und Gesellschaftsordnung erstreben, müssen auf dem Kniegasse behandelt werden, und der Staat muß offen erklären, daß er sie als Feinde betrachte. Und dabei erstreben die streikenden Hafenarbeiter weiter nichts als eine geringe Verbesserung ihrer erbärmlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen. Aber der alte Reichskanzler hätte sie hin als Umstürzler und Staatsverräther, um den Staat gegen sie mobil machen zu können, und er schloß die Behörden auf, sie sollen runderhand erklären, daß sie die Arbeiter bekämpfen und die Unterdrückung unterliegen müssen. So wenig Gefühl für Gleichberechtigung und gleiche Behandlung aller Staatsbürger besaß dieser Mann, der mit seiner ganzen Weltanschauung noch in den Jahrhunderten vor 1848 steckte.

Diese soziale Unbefähigkeit zeigt sich besonders dann recht deutlich, wenn er sich mit dem Verhältnis zwischen Arbeitern und Unternehmern beschäftigt. Der Deutsche Kaiser hätte damals allerdings die Behauptung erheben können, daß Unternehmer und Arbeiter gleichberechtigt seien, aber Bismarck wollte Bismarck nichts wissen. Er behauptete vielmehr, es bestehe zwischen ihnen ein Gegensatz, der so alt sei wie die Welt und niemals abgeschafft werden könne, weil er auf einem Naturgesetz beruhe. „Der Arbeiter hat die Natur ganz verschieden erschaffen und mit ganz anderen Fähigkeiten ausgestattet. Die Verschiedenheit der Fähigkeiten und Leistungen bildet eine der wichtigsten Voraussetzungen der Entwicklung der Menschheit in ununterbrochenem Wettkampf um Erfolg und Fortschritt. Wenn diese Verschiedenheit aufhört, würde alles menschliche Streben und Kämpfen ein Ende nehmen.“

Diese klammerliche Weisheit der Reichskanzlers wird uns hier als funktionslose Offenbarung vorgetragen. Jeder Kenner des wirtschaftlichen und sozialen Lebens weiß, daß der Gegensatz zwischen Arbeitern und Unternehmern gar nicht auf der Verschiedenheit der Fähigkeiten beruht, sondern auf der Verschiedenheit des Besitzes. Es gibt reichliche Unternehmer und es gibt reichliche Arbeiter und umgekehrt und man kann wohl sagen, daß ein Arbeiter größere Bedürfnisse hat, wohl als ein Unternehmer, da letzterer sich für sein Geld in viele Intelligenzen kaufen kann, wie er haben will. Es ist ein Irrtum, behaupten zu wollen, der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit beruhe auf einem Naturgesetz und sei deshalb unabänderlich, die Geschichte und die Erfahrung beweisen das Gegenteil. Es ist etwas geschichtlich Bestimmtes und kann deshalb beseitigt werden. Doch was sollen wir noch weiter eine Auffassung bekämpfen, die ein jeder witzige wirtschaftliche Abschalt als falsch betrachtet.

Vor allen Dingen war dem Alten im Sachsenwald die Begehrlichkeit der Arbeiter ein Feind im Auge. Ferner Mann, dessen Standesgenossen, die erblichen Junker, unerschütterlich nach einer Erhöhung ihres Einkommens strebten und der selbst einen sehr stark ausgebildeten Erwerbsebenen besaß, daß er von einem armen Landknecht zu einem reichen Kapitalisten aufsteigen ist, dieser selbe Mann unterstützte sich darüber, daß die Arbeiter niemals aufsteigen könnten. Solange der Arbeiter noch jemanden sieht, der es besser aufsteigen wird als er, wird er unzufrieden sein und droht ihm. Ihm zeigt, daß sie berechtigt ist. Würden die Junker sterben, so würden die Bedürfnisse wachsen, und es würde es hart werden mit der Sicherung der Wünsche der Arbeiter. Die alte Politik ruiniert waren und kein Arbeiter mehr einen auskömmlichen Lohn zu beziehen vermöchte. Deshalb ist es notwendig, sich rechtzeitig dem Prozeß der Arbeiter und Lohnbedingungen nachzusehen und sich die Augen zu gewöhnen, was sachlich notwendig ist und nicht ein

geständnis ist, das nur dazu dienen kann, die Begehrlichkeit der Arbeiter und den Machtzettel der Führer zu steigern." Nach dem Bismarck, nach der Weise einer alten zahllosen Großmutter, über den steigenden Luxus und die steigenden Löhne der Arbeiter gezeckelt hat, kommt er dann zu dem Ergebnis, daß es ein vergebliches Bemühen sei, die Arbeiter jemals zufrieden zu stellen. Deshalb müsse der Staat sich davor hüten, der Arbeiterklasse Zugeständnisse zu machen, da dadurch die Unzufriedenheit nur noch stärker werde und zuletzt in eine sozialistisch-revolutionäre Bewegung ausarte. Die Regierung sei verpflichtet, ohne Rücksicht auf die Unzulänglichkeit und Schwäche mit fester Hand zuzugreifen, um jede Unbotmäßigkeit im Reime zu erstickten.

„Es ist die Sache des Staates,“ so schreibt Bismarck, „den Arbeitswilligen Schutz gegen jeden sozialistischen Terrorismus zu gewähren. Er darf nicht dulden, daß Beschränkungen der persönlichen Willensfreiheit oder gar Bedrohungen und Mißhandlungen zum Zwecke der Durchführung eines Streiks unter den Augen der Staatsgewalt ungestraft verübt werden.“ Den Scharfmachern laßt sicherlich das Herz im Leide, wenn sie diesen Satz lesen, der heute wieder eine aktuelle Bedeutung hat, die organisierten Arbeiter aber lachen über eine Methode, die längst Schiffbruch gelitten hat und die dadurch auch nicht wirksamer wird, daß man sie immer von neuem wieder aufwärmt und anpreist. So viel steht fest: Wenn der Nationalheld nichts austichten konnte im Kampfe gegen die Arbeiterbewegung trotz Ausnahmegesetz und eiserner Polizeifaust, so werden seine zwerghaften Nachfolger mit ihren Ragenpfoten erst recht keinen Erfolg haben.

Strenge Antrag zur Sicherung des Koalitionsrechtes hat die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag eingebracht. Dieser Antrag hat folgenden Wortlaut:

Der Reichstag wolle beschließen, den Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstag baldigst einen Gesetzentwurf zu legen zu lassen, wodurch alle das Koalitionsrecht einschränkende ausnahmegesetzliche Vorschriften in den Reichs- und Landesgesetzen aufgehoben werden, und ferner für alle Personen, die ihre körperliche oder geistige Arbeitskraft gegen Lohn oder Gehalt in den Dienst eines anderen stellen, das Koalitionsrecht gesichert wird. Insbesondere wird gefordert:

1. Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung.
2. Ausdehnung des § 152, Absatz 1, auf alle Angestellten und Arbeiter, denen dies Recht nach den geltenden Gesetzen vorzuenthalten wird.
3. Um die Anwendung des § 253 des Strafgesetzes auszuschließen, ist im Gesetz zum Ausdruck zu bringen, daß unter der Absicht der Verschaffung eines rechtswidrigen Vermögensvorteils nur die Absicht zu verstehen ist, sich oder einem Dritten einen dem Recht zuwiderlaufenden Vermögensvorteil zu verschaffen. Es ist auch zum Ausdruck zu bringen, daß die Ankündigung der Arbeitsüberlegung keine Drohung im Sinne des Gesetzes darstellt.
4. Es ist im Gegensatz ausdrücklich auszusprechen, daß jede Abänderung und jedes Rechtsgeschäft als gegen die guten Sitten verstoßend nichtig sind, wonach der Dienstverpflichtete gewissen politische oder soziale Interessen vertretenden Vereinen nicht beitreten darf oder aus ihnen auszutreten hat.
5. Es ist mit Strafe zu bedrohen, wer die Ausübung des Koalitionsrechtes der Arbeiter hindert oder zu hindern sucht.

Als Antwort auf das Geschie nach Beseitigung des Koalitionsrechtes, welches die Scharfmacher bei allen möglichen Gelegenheiten erheben, ist dieser Antrag lebhaft zu begrüßen. Seine Veranlassung wird jedenfalls Gelegenheit zu interessanten Auseinandersetzungen bieten.

Eine Arbeitslosenversicherung, die weder dem Center noch dem Kölner System entspricht, ist jetzt in Frankfurt a. M. eingerichtet worden. Arbeitslosen, denen nach ihrem Gewerbe die Beteiligung an den städtischen Hilfsarbeiten nicht zugunommen werden kann und die mittellos sind, wird eine Unterstützung von täglich 70 Pf. für Bedigte und 1 Mk. für ledige 15 Pf. pro Kind, höchstens jedoch 1,60 Mk. für Verheiratete gewährt. Soweit Arbeitslose aus anderen Quellen, besonders von ihrem Berufsverein, bereits eine Unterstützung von 2 Mk. täglich oder mehr erhalten, soll ihnen die städtische Beihilfe in der Regel nur dann gewährt werden, wenn sie Familienväter sind. Reinesfalls darf aber die gesamte Unterstützung 3 Mk. täglich überschreiten. Die Beiträge aus dem städtischen Arbeitslosenfonds werden nicht durch die Gewerbesteuer, sondern durch die städtischen Steuern selbst ausbezahlt.

In Raruberg hat der mit der Prüfung der Frage beauftragte Ausschuss der Gemeindeförderung sein Gutachten dahin abgegeben, eine freiwillige Arbeitslosenversicherung einzurichten. Mit einer Stimme Mehrheit hat darauf der Magistrat beschlossen, den Statutenentwurf zu einer solchen Versicherung auszuarbeiten, bei dem als Voraussetzung gelten soll, daß der städtische Zuschuß ein Drittel der Kosten decken soll. Ob auf Grund dieser Beschlüsse eine Arbeitslosenversicherung zur Wirklichkeit wird, bleibt abzuwarten.

Die unbedeutenden Großstädte verhalten sich dagegen immer noch völlig absehnend. So, der Hamburger Senat hat sogar entbeht, daß eine außergewöhnliche Arbeitslosigkeit gar nicht besteht, und er hat darum selbst die von der Bürgererschaft beschlossene Arbeitslosenzählung abgelehnt. Eine direkte Unterstützung der Arbeitslosen aber bereits früher die Ablehnung erfahren. Dasselbe hat erst kürzlich ein Antrag auf Einführung einer Arbeitslosenversicherung, den die sozialdemokratische Stadtverwaltung in Stettin eingebracht hatten, nachdem er ein weites Jahr abgelagert war. Die Stadtväter verschätzten sich hier darüber, daß die Frage noch nicht spruchreif sei.

Die Arbeitslosigkeit in München hat einen erschreckenden Umfang erreicht. Die freien Gewerkschaften zählten am 10. Januar 1914 1000 arbeitslose Mitglieder, darunter 776 Holzarbeiter. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen einschließlich der Christlich-organisierten und Unorganisierten, die vom städti-

schen Arbeitsamt ermittelt wurden, betrug mehr als 10 000. Die Ausgabe der freien Gewerkschaften an Arbeitslosenunterstützung betrug im Jahre 1913 rund 700 000 Mk. gegen 276 000 Mk. im Jahre 1912. Auf den 14. Januar war eine Arbeitslosenversammlung in den Riesenaal des Münchener Rindls einberufen. Schon der Aufmarsch zu dieser Versammlung, bei welcher sich die Massen am Rathaus vorbei zum Versammlungsort begaben, gestaltete sich zu einer wuchtigen Demonstration. Der 6000 Personen fassende Saal, in welchem unser Kollege Raith ein eindrucksvolles Referat hielt, war im Augenblick überfüllt und mußte polizeilich abgesperrt werden. Der polizeiliche Absperren wegen Überfüllung verfielen auch die drei Parallelsammlungen, die sofort in nahe gelegenen Sälen arrangiert worden waren. Diese Arbeitslosendemonstration verfehlte ihre Wirkung auf die Stadtverwaltung nicht. Schon am folgenden Tage wurden Mittel zur Unterstützung der Arbeitslosen bereitgestellt. Die festgesetzten Unterstützungssätze, von welchen übrigens ausdrücklich bestimmt ist, daß sie nicht als Armenunterstützung gelten, sind allerdings so bescheiden, daß sie nur wie ein Tropfen auf den heißen Stein wirken. Die Unterstützung beträgt wöchentlich für Ledige 2 Mk., für Verheiratete ohne Kinder unter 14 Jahren 3 Mk., für Verheiratete mit einem Kind oder zwei Kindern unter 14 Jahren 4 Mk., für Verheiratete mit drei oder mehr Kindern unter 14 Jahren 5 Mk.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Vokalbeitrages erteilt, wonach der Gesamtbetrag in diesen Zahlstellen ab 1. Februar beträgt in Ascherleben 75 Pf., Cöpenick 120 Pf.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 4. Wochenbeitrag für das Jahr 1914 fällig geworden.

Auf unsere wiederholte Bekanntmachung, betreffend die Ablieferung der vollgeliebten Mitgliedsbücher machen wir die Mitglieder in allen Zahlstellen hierdurch nochmals aufmerksam. An die Zahlstellentaffler richten wir das Ersuchen, die vollen Bücher umgehend zur Ausstellung von Ersatzbüchern an die Hauptkassa einzuliefern.

Zur Kammerkonferenz sind noch folgende Anträge eingegangen, die wir hiermit den Branchenkollegen ebenfalls zur Stellungnahme unterbreiten:

Berlin. Den Vorstand zu beauftragen, in Orten mit besonders schlechten Organisationsverhältnissen von Zeit zu Zeit einen Kollegen der Branche zum Zwecke der Aufklärung und Organisierung zu entsenden.

Berlin. Den Vorstand zu ersuchen, Annoncen für die „Holzarbeiter-Zeitung“, Arbeitsangebote, die Kamm- und Haarschmuckbranche betreffend, dem Zentralarbeitsnachweis für die Kammbranche zu überweisen.

Berlin. Bei Arbeitsangeboten nach anderen Orten, durch Karten, Briefe oder Annoncen in Tageszeitungen, werden die darauf reflektierenden Kollegen verpflichtet, vorher beim Bevollmächtigten, beim Sektionsleiter oder bei der Zentralkommission Auskunft über die Lage des Arbeitsmarktes des betreffenden Ortes einzuholen.

Berlin. Alle Sektionen und Vertrauensleute der Kamm- und Haarschmuckbranche werden verpflichtet, über Konjunktur, Agitation, Organisation und sonstige wichtige Vorgänge halbjährlich an die Zentralkommission Bericht zu erstatten. Das gewonnene Material hat die Zentralkommission im Jahresbericht zu veröffentlichen.

Berlin. Den Vorstand zu beauftragen, alle zwei Jahre statistische Erhebungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Branche zu veranstalten und dieselben in Broschürenform herauszugeben.

Unsere Wanderausstellung „Die Unfallgefahren in der Holzindustrie“ ist, nachdem sie sich während der Sommermonate des Vorjahres auf der Internationalen Bauausstellung in Leipzig befand, zurückbeordert und renoviert worden. Diese Renovierungsarbeiten sind nunmehr beendet und die Ausstellung steht den Zahlstellen zur weiteren Verfügung. Zahlstellen, die auf die Ausstellung reflektieren, wollen sich beim Vorstand melden und die Ueberlassungsbedingungen einfordern.

Aus dem Verbands ausgeschlossen wurden wegen Streikbruch auf Antrag der Zahlstelle Barchuz die Tischler Karl Westphal und Albert Gröbner; von Bremen der Tischler Heinrich Lammers; von Bremerhaven der Modelltischler Albert Gerrit, die Schiffschmiederei August Lange und Theodor Reinders und der Tischler Johann Schröder; von Bruchsal der Tischler Anton Wittenacker; von Johannebergstadt der Tischler Mag Reinhardt; von Oßershausen der Stuhlbohrer Hugo Geiserl, der Tischler Franz Jhi; von Rendsburg die Tischler Peter Gabriel und Wilhelm Scheer; von Stettin der Stellmacher Otto Stache; von Stuttgart die Tischler August Faust, Heinrich Hofmann, Theodor Hägerle, Michael Rauch, Jakob Reich, Paul Schöller, Eugen Stängle, Julius Stich, Karl Waldmann, Ernst Weller, der Modelltischler Friedrich Schirm, der Ristentischler Christian Wagner, der Rahmenmacher Eugen Rau, der Barttischler Karl Rarrer und der Holzarbeiter Jakob Wild; von Verden (Aller) die Tischler Gustav Schneider und Johann Wessermann.

Wegen Avertigung von Streikarbeit auf Antrag der Zahlstelle Leipzig der Drechsler Ernst Jirpel.

Wegen Streikbruch auf Antrag der Zahlstelle Berlin der Tischler Hermann Sauer und der Maschinenarbeiter Otto Wischniewski; von Brandenburg a. S. der Stellmacher Otto Parthel; von Belgast die Tischler Hermann Michaelis, Ferdinand Schwill und Hermann Wollenberg.

Wegen Streikbruch auf Antrag der Zahlstelle Berlin der Vergolder Paul Rommert; von Cöpenick die Rahmenmacher Hugo Jaumann und Max Müller.

Wegen Streikbruch auf Antrag der Zahlstelle Berlin die Tischler Max Lust, Anton Brzozowski und Paul Grebe, die Stellmacher August Göttsch und Paul Bandamme; von Elberfeld der Tischler Rudolf Steining; von Ffrench in Bayern der Tischler Paul Meißner; von Kirchheim u. T. der Tischler Albert Niedel; von Würzburg der Tischler Paul Schönberg.

Wegen Umgehung des Arbeitsnachweises auf Antrag der Zahlstelle Berlin die Möbelpolierer Oskar Thomas und Richard Nieder; von Blankenese der Tischler Hermann Richl.

Wegen Schädigung von Verbandsinteressen auf Antrag der Zahlstelle Gieseborn der Rahmenmacher Guldreich Schmelzer; von Goppingen der Drechsler Johannes Schell; von Straßburg i. El. der Tischler Philipp Müntzer.

Wegen Denunziation auf Antrag der Zahlstelle Wittenberge a. d. S. der Holzarbeiter Paul Gabrilsch. Bei den in Nr. 85 vom Jahre 1913 veröffentlichten Ausschüssen muß es heißen:

Wegen Streikbruch auf Antrag der Zahlstelle Posen der Möbelschleifer Stanislaus Worlowski.

Nachstehend verzeichnete Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 129109 Wilh. Hübler, Tischl., geb. 2. 9. 73 zu Gr.-Erlenbach.
- 227144 Hermann Noake, Tischl., geb. 2. 9. 86 zu Schwiebus.
- 250005 Heinr. Sage, Tischl., geb. 18. 11. 80 zu Neustadt i. S.
- 268720 Wilh. Brinmann, Masch.-Arb., 12. 4. 74 zu Perforb.
- 274975 Johann Beham, Tischl., geb. 12. 9. 86 zu Cöpenick.
- 28352 Ad. Jehne, Ristentm., 27. 5. 85 zu Lindenauhöf.
- 344085 Georg Karrer, Farbign., geb. 10. 12. 85 zu Berlin.
- 354180 Karl Schulz, Farbign., geb. 18. 10. 80 zu Stettin.
- 361484 Franziska Schmiede, Pol., 25. 4. 81 zu Windischgrätz.
- 121955 Paul Schüller, Tischl., geb. 24. 8. 88 zu Rudolfsb.
- 120977 Theodor Neu, Stellm., geb. 3. 5. 77 zu Sommerdorf.
- 190160 Rudolf Heinrich, Tischl., geb. 11. 1. 84 zu Berlin.
- 534635 W. Voigtländer, Tischl., geb. 29. 10. 52 zu Limbach.
- 570341 Gust. Huber, Holzarb., 22. 4. 87 zu Unter-Eisenheim.
- 575500 Kurt Augustin, Tischl., geb. 31. 5. 88 zu Wienmühle.
- 599445 J. Pahlhausen, Tischl., geb. 10. 3. 76 zu Ratingen.
- 599548 Paul Stabler, Berg., geb. 25. 4. 85 zu Gladbach.
- 903750 Mart. Hempel, Berg., 25. 6. 85 zu Leipzig-Thonberg.
- 917365 Ferd. Klose, Tischl., geb. 9. 7. 92 zu Karstadt.
- 636600 J. Angerhausen, Tischl., geb. 16. 9. 91 zu Uerdingen.
- 946853 Josef Tipp, Tischl., geb. 19. 3. 87 zu Uffenburg.
- 947424 Kurt Kühner, Tischl., geb. 18. 10. 94 zu Fürstgen.
- 948856 Karl Schmiegl, Stellm., geb. 12. 8. 89 zu Schernitz.
- 972087 Jakob Reuling, Pol., geb. 7. 8. 64 zu Hanau.
- 984092 Sebast. Weber, Tischl., geb. 30. 10. 92 zu Martenberg.
- 984242 Anton Schaut, Rostm., geb. 10. 10. 93 zu Upatin.
- 896171 Karl Hiller, Bürsttm., geb. 3. 10. 96 zu Bretten.

Berlin SO. 16, Am Köllnischen Park 2.

Der Verbandsvorstand.

Korrespondenzen.

Berlin. (Ristentmacher.) Seit Jahren ist unter den Ristentmachern der Wunsch lebendig, eine Kommission zu beschließen und Stellung zur planmäßigen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zu nehmen. Bereits 1907 traten die Hamburger und Leipziger Kollegen mit diesen Wünschen an den Hauptvorstand heran, der aber unter den damaligen Verhältnissen eine Konferenz glaubte ablehnen zu müssen. Die Verhältnisse haben sich jedoch gewaltig geändert, nicht nur in der Arbeitsmethode, sondern auch der Kreis der Mitglieder ist von Jahr zu Jahr gestiegen. Nach den Jahrbüchern des Verbandes gehörten zum Deutschen Holzarbeiter-Verband aus der Branche der Ristentmacher im Jahre 1906 erst 1591 Mitglieder, davon 82 weibliche; bis zum Jahre 1913 war diese Zahl auf 3058 Mitglieder, darunter 289 weibliche angewachsen. Auf Beschluß der Branchenversammlung der Ristentmacher Berlins wurde im letzten Jahre eine Umfrage im Reiche veranstaltet, deren Ergebnis eine allgemeine Stimmung für Abhaltung einer Branchenkonferenz ist. Die Vorbedingungen für eine Konferenz sind in allen Punkten gegeben. Bisger bestand keine Verständigung zwischen den Zahlstellenaktionen der Ristentmacher. So geschah es vielfach, daß Kollegen am Orte Streikarbeit verrichteten, ohne davon Kenntnis zu haben. Die Entwicklung innerhalb der Branche ist rapide vorwärts gegangen. Die Unternehmer haben es verstanden, die Teilarbeit einzuführen. So werden fertigereschnittene Ristentteile, auch beiseite, bis zum Zusammenageln fertige Teile aus den rückständigsten Gegenden verandt. Durch Unterstützung einer Zentralkommission wäre es möglich, im Reiche möglichst einheitliche Tarife abzuschließen, und auch in der Agitation unter unseren Branchengehörigen Erhebliches zu leisten. Wir ersuchen deshalb den Vorstand, im Auftrage unserer Ristentmacherkollegen im Reiche, umgehend eine Branchenkonferenz einzuberufen. Als Tagungsort schlagen wir Berlin vor und empfehlen folgende Tagesordnung: 1. Die Entwicklung unseres Berufes und die gegenwärtige Lage. 2. Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch Tarifverträge. 3. Organisation und Agitation. 4. Arbeitsnachweis. 5. Gründung einer Zentralkommission.

Blankenese. Hier macht sich in letzter Zeit in unliebsamer Weise ein schlechter Besuch der Mitgliederversammlungen bemerkbar. Ist es wohl begreiflich, daß bei der großen Arbeitslosigkeit die Kollegen ihre Ausgaben einschränken, so wird aber doch am falschen Ort gespart. Alle vier Wochen einmal kann es sich schon ein jeder Kollege erlauben, dort hinzugehen, wo seine Interessen vertreten werden. Sollen doch gerade die Versammlungen beweisen, mit welchem Ernst die Kollegen für ihre Sache einsehen. Gibt es doch Kollegen, die die Versammlungen nicht besuchen, und im gegebenen Falle nicht die einfache Regel des Gewerkschaftslebens kennen. Unsere Generalversammlung findet am 27. Januar bei D. David statt. Die Stadtverwaltung

und die Arbeitsvermittlungskommission sind neu zu wählen. Da ist es notwendig, daß die Kollegen vollständig erscheinen. (Erwart. Modell- und Fabrikarbeiter.) In der am 10. Januar abgehaltenen Versammlung nahmen die Kollegen Stellung zur nächsten Branchenkonferenz. Die Notwendigkeit einer solchen wurde anerkannt. Eine brennende Frage sei, Mittel und Wege zu finden, um Streikarbeit zu verhindern. Ueber die Akkordarbeit müsse auch geredet werden. Der Arbeitsnachweisfrage muß mehr Beachtung geschenkt werden, um die Schikanen der Metallindustriellen zu beleuchten. Ebenso müsse sich die Konferenz mit der gelben Bewegung befassen. Letztere droht in unsere Reihen einzubringen. Zum Schluß bedauerte der Sektionsleiter, daß immer noch einige Kollegen ständig Versammlungsschwänzer sind. In Zukunft muß das anders werden; denn nur geschlossene Reihen führen zum Ziel.

Göhr. Im Herbst des Jahres 1912 fanden hier endlich einige Kollegen im Sägewerk und der Schreinerlei der Hartgummiwerke Jürgens u. Brüngen den Mut, sich dem Holzarbeiter-Verband anzuschließen. Im vorigen Jahre konnte dann eine Zahlstelle gegründet werden. Diese hat aber seitdem unter schwierigen Verhältnissen zu leiden gehabt. Die Fabrikleitung suchte den Einfluß des Verbandes dadurch zu brechen, daß sie sechs Kollegen auf die Straße setzte. Sie wurde jedoch veranlaßt, die Entlassenen wieder einzustellen. Zum 26. Jubiläum der Fabrik im vorigen Herbst gelang es uns, einen Tarif mit Lohnhöhung abzuschließen. Nachdem aber das Fest veräußert war, wurde einem Teil der Akkordarbeiter der Akkord entzogen und diese Leute auf den Mindestlohn gesetzt. Obwohl der Verband dagegen sofort Einspruch erhob, ist eine Veränderung bis jetzt nicht eingetreten. Die freien Gewerkschaften haben hier leider noch zu wenig Einfluß. Die schwarze Gesellschaft macht wohl anderweit viel Geschrei über soziale Reformen, tritt aber hier in ihrer Domäne nicht für Verbesserung der Arbeitsverhältnisse ein. Die Angestellten der Fabrik versuchen für sich etwas herauszuschlagen, indem sie Gegenstände in der Schreinerlei anfertigen lassen, die, wenn der Firmenehaber einen Rundgang macht, unter großen Holzstücken versteckt sind. Das sind aber die gleichen Leute, die den Arbeitern Schwierigkeiten machen, wenn sie sich dem Verbande anschließen. Hoffentlich finden die Arbeiter aber doch den Weg, denn die Treibenerei werden so groß, daß nur durch geschlossenes Vorgehen etwas erreicht werden kann.

Hamburg. (Paritätischer Arbeitsnachweis.) Wochenbericht vom Sonnabend, den 10. Januar, bis Freitag, den 16. Januar 1914.

Branchen	In d. Woche befreite Arbeitsstellen	Am Wochenanfang vorhandene	
		offene Arbeitsstellen	gemeldete Arbeitslose
Bauhilfen inkl. Anschläger	61	—	412
Möbelschreiner	59	—	270
Maschinenarbeiter	9	—	34
Polierer inkl. Belzer	1	—	12
Drehflüßler	—	—	4
sonstige Branchen	—	—	41
Zusammen	130	—	773

Hamburg. (Schiffbauarbeiter.) In der am 10. Januar abgehaltenen Versammlung wurde der Jahresbericht erörtert, wobei der Berichterstatter hauptsächlich die Werftarbeiterbewegung behandelte. Im Jahre 1912 war auf den Werften eine gute Konjunktur, die sich im Jahre 1913 noch verbesserte. Schon zu Beginn des Jahres wurde mit den Vorarbeiten für die Bewegung begonnen. Eine in der Woche vom 8. bis 12. Mai aufgenommene Statistik über das Organisationsverhältnis hatte ein sehr günstiges Resultat. Von den 1270 Beschäftigten waren im Deutschen Holzarbeiter-Verband 85,4 Prozent, in anderen freien Verbänden 4,4 Prozent, in christl.-demokratischen und christlichen Organisationen 4 Prozent organisiert, und der Rest waren unorganisierte und Gelbe. Der Verlauf der Bewegung ist bekannt. Leider ließen sich die Metallarbeiter durch das provokatorische Vorgehen der Werftarbeiter verleiten, schon am 16. Juli plötzlich die Arbeit niederzulegen; die Holzarbeiter waren dadurch gezwungen, sich mit ihnen solidarisch zu erklären. Die Firma Blohm u. Böhne zahlte ihren Arbeitern die verdienten Akkordüberschüsse nicht aus und außerdem wurde noch jeder Arbeiter mit 2 Mk. bestraft. Die Firma berief sich dabei auf ihre Arbeitsordnung, deren Rechtsgültigkeit allerdings zweifelhaft ist. Nachdem die Generalversammlung des Metallarbeiter-Verbandes die Aufhebung des Streiks beschlossen hatte, lehnten es die Holzarbeiter in mehreren Versammlungen ab, diesem Beschluß zu folgen und den Arbeitsnachweis der Eisenindustrie zu assistieren. Der Beschluß der Arbeitsaufnahme wurde notwendig erst dann gefaßt, als der Vorstand den Entzug der Unterstützung in Aussicht stellte. Das Ergebnis war, daß zehn Prozent der Kollegen ausgesperrt wurden, von denen die letzten erst Ende Dezember wieder in Arbeit kamen. Gegen die Firma Blohm u. Böhne wurde Klage auf Auszahlung der einbehaltenen Akkordüberschüsse erhoben, worauf die Firma denen, die ihre Klage nicht zurückziehen, die Entlassung ankündigte. Tatsächlich wurden auch die Kollegen, die fest blieben, entlassen. Nach dem Streik wurde die Arbeitsnachweiskontrolle eingeführt. Hierbei konnte festgestellt werden, daß Zugereiste schon nach einigen Tagen arbeitslos wurden, während ortsansässige Kollegen drei Monate und länger warten mußten, ehe sie Arbeit erhielten. Unter schändlicher Behandlung haben besonders die Kollegen bei Blohm u. Böhne zu klagen. Arbeitern, die ihre Kontrollkarte um zwei bis drei Minuten zu spät gestellt haben, wird nicht nur der Lohn für eine halbe Stunde abgezogen, sondern werden auch noch mit 20 Pf. bestraft. Trotz aller Schikanen wüßten aber die Kollegen fest zusammenhalten, um ihre Rechte zu wahren und zu gegebener Zeit die erlittene Schlappe weitzumachen. Diese Auffassung wurde auch in der Diskussion allgemein von den Kollegen vertreten. Als dann wurde die Neuwahl der Sektionsleitung vorgenommen.

Kassel. (Modellischer.) Angeregt durch ein Schreiben der Zentralkommission und das Drängen einiger Kollegen fanden Ende 1913 zwei Zusammenkünfte der Modellschreiner statt. Dabei wurde festgestellt, daß am Orte

etwa 45 bis 50 Modellschreiner beschäftigt, aber nur zwölf organisiert sind. Der beantragten Gründung einer Sektion wurde von der Lokalverwaltung allerdings später nicht zugestimmt, weil die Zahl der Mitglieder aus der Branche zu gering sei. Die Kollegen wünschten aber, daß dann wenigstens die eingesezte zweigliedrige Kommission weiterfunktioniere, um die Fühlung mit den Sektionen im Reich aufrechtzuerhalten. Leider ist es hier immer noch nicht gelungen, die Kollegen der großen Lokomotivfabrik Genschel u. Sohn für den Verband zu gewinnen, trotzdem sie doch in erster Linie Veranlassung zum Anschluß hätten, denn eine zwölfstündige tägliche Arbeitszeit ist doch wirklich ein Hoffen auf die große Arbeitslosigkeit. Diese Zustände sollen uns aber nicht hindern, den Kollegen immer wieder die Notwendigkeit der Organisation vor Augen zu halten und sie dadurch endlich zu Mitgliedern unseres Verbandes zu machen.

Leipzig. (Gummischleifer.) In der am 12. Januar abgehaltenen Versammlung nahmen die Kollegen den Bericht von der Konferenz der Hartgummidrehflüßler entgegen, den Kollege Seidel erstattete. Ueber den Wert und die praktische Durchführung der Beschlässe soll in der nächsten Versammlung referiert werden, hoffentlich ist das Protokoll bis dahin erschienen. Kollege Gleitsmann ergänzte den Bericht. In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß man mit der Haltung des Leipziger Delegierten einverstanden ist, dem wurde auch in einer Resolution Ausdruck gegeben, in welcher sich die Kollegen verpflichteten, im Sinne dieser Beschlässe zu wirken, zumal die Konferenz gezeugt hat, daß die Leipziger Arbeitsverhältnisse die rückständigsten sind. Hierauf wurden die letzten Vorkommnisse in der Branche besprochen. Die Wahrheitsliebe der notleidenden Gummifabrikanten wird recht gut beleuchtet von der Firma Flügel u. Volter. Dort wurden im Juli 1913 die Schleifer entlassen und an ihre Stelle Frauen gesetzt. Alle Drehflüßler mußten 17 Wochen verkürzt arbeiten. Von der Firma wurde angeführt, diese Maßnahmen seien notwendig, um das Geschäft konkurrenzfähig zu erhalten, die Drehflüßler könnten nicht erwarten, daß die Firma den in anderen Abteilungen erzielten Gewinn in der Drehflüßlerei zulege. Nach erfolgter Inventur sah sich die Firma veranlaßt, das gesamte Kontor- und Lagerpersonal zu einem Schmaus einzuladen, wobei hervorgehoben wurde, daß der Umsatz in keinem Jahre so gut war, wie in dem abgelaufenen.

Winnberg. (Kornmüller.) Die Sektion der westholsteinischen Orte hielt am 10. Januar ihre Versammlung ab, in welcher Kollege Horn aus Hamburg über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Kornmüllerei sprach. In seinem Vortrag hob er die Schwierigkeiten, welche uns an der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse hindern, insbesondere die Kleinmeisterei und Gefängnisarbeit hervor. Auch die hiesigen Kollegen zu deren Behebung viel beitragen. Da durch die Periodenarbeiten mehrere Kollegen bald wieder gezwungen sein werden, sich anderwärts Arbeit zu suchen, können diese Kollegen dafür Sorge tragen, in den rückständigen Orten die Verhältnisse zu verbessern und dort feste Lohn- und Arbeitsbedingungen schaffen. In der Diskussion wurde besonders darauf hingewiesen, daß mehr auf die Einheitlichkeit in den einzelnen Branchen gesehen werden müsse und die Zentralkommission Material sammeln müsse in bezug auf die Anfertigung für Kornarbeiten in den Strafanstalten, damit die Beschlässe der letzten Konferenz, aber auch der verschiedenen Parlamente zur Durchführung gebracht werden. Desgleichen wurde Klage geführt über einige Arbeitgeber, welche versuchen, die ansässigen Kollegen kaltzustellen. Dies müsse energisch abgewehrt werden, und die Kollegen allerorts müssen es sich zur Pflicht machen, nicht an den Arbeitgeber, sondern an den Sektionsleiter nach Arbeit zu schreiben. Ein Antrag, die regelmäßigen Versammlungen aufzuheben und solche nur nach Bedarf abzuhalten, wurde vertagt. Die Adresse des Sektionsführers ist: Waldemar Selbmann, Winnberg, Rübelskamp 20.

Schweini i. Meckl. Die Pianofabrik Gebr. Perzina sucht in den Zeitungen Abpuzer, obgleich am Orte arbeitslose Kollegen genügend vorhanden sind. Vier solcher wurden zurückgewiesen, weil man Leute haben wolle, die schon längere Zeit in dieser Branche tätig waren und sich solche anfertigenfalls aus Berlin schicken lassen werde. Ein eingereichteter Kollege wurde darauf zwar eingestellt, aber schon am anderen Morgen wurde ihm eröffnet, daß er nicht bleiben könne, weil er einen Vertrauensposten bei den Arbeitern bekleide. Der Kollege ist Sektionsleiter der Klavierarbeiter. Die Kollegen allerorts werden nun dafür sorgen, daß die hiesigen Klavierfabriken Gebr. Perzina und Nägmann u. Co. sich nicht beklagen können über den Zulauf von Arbeitern. Alle Kollegen, die hier in Arbeit treten wollen, müssen sich auf unserem Arbeitsnachweis, Gr. Moor 19, melden.

Wolffegg im württembergischen Allgäu. Die Arbeitsverhältnisse im hiesigen Sägewerk haben sich in letzter Zeit dauernd verschlechtert, ohne daß sich die Arbeiterschaft dessen erwehren konnte, weil ihr der Rückhalt an der Organisation fehlt. Die Arbeiter haben es zwar schon mehrfach versucht, sich des Druckes zu erwehren; so wandten sie sich schon vor sieben Jahren in einem dreitägigen wilden Streik gegen die überlange Arbeitszeit und die schlechte Behandlung. Im Jahre 1910 wehrten sie sich gegen eine Verschlechterung der Arbeitsordnung. Ein dauernder Erfolg konnte aber in beiden Fällen nicht erreicht werden. Dann kam im Sommer 1910 der christliche Holzarbeiter-Verband und gewann einige Mitglieder. Aber sofort trat die ganze Macht des Sägewerksbesizers auf, um das christliche Kind im ersten Bade zu erkaufen, denn haben sich einmal Heimische organisiert — Fremde können sich wegen des Wohnungsmangels nicht ansiedeln —, so sind für ihn die Karten vergeben, auch hätte durch ankündigen Lohn der Geistliche von Wolffegg die Macht über seine Schäflein verloren, spielt er sich doch als Vermittler der Spenden für Arme auf, die von der fürstlichen Familie kommen, die hier einen Sitz hat. Der Geistliche aber wendet seinen ganzen Einfluß zugunsten des Arbeitgebers auf. Nun hat zwar der christliche Verband einmal über die Verkürzung der Arbeitszeit auf täglich zehn Stunden verhandelt, aber er setzte keinen Druck dahinter. So blieb alles beim alten. Ja, im Gegenteil, es wurde ein Akkordsystem eingeführt, das zur Folge hatte, daß der Jahresbedarf früher als sonst eingeschritten ist und nun die Arbeitszeit zwangsweise um 2 1/2 Stunden verkürzt und

aber gleichzeitig der Lohn für die verbleibende Zeit um 8 Pf. die Stunde herabgesetzt wurde. Der Lohn des Arbeitgebers hat damals den Arbeitern vorgerechnet, was sie sparen, wenn sie keine Verbandsbeiträge zahlen. Heute sehen die Arbeiter, was der Unternehmer an Lohn spart, weil sie keine Beiträge zahlen. Er hat ihnen jetzt das Mehrfache des Beitrages kurzerhand abgezogen. Sollen die Arbeiter sich derzeit, nach der erfolglosen Verhandlung, dem Deutschen Holzarbeiter-Verband anschließen, so hätten sie heute geregelte Arbeitszeit und Wohnverhältnisse, was jetzt leider nicht zutrifft. Die Flinte ins Korn werfen, bevor man richtig schießen gelernt hat, veranlaßt den Arbeitgeber erst, mit den Arbeitern Schindluder zu treiben. Es ist doch nicht notwendig, in Not und Elend weiterzuleben, während der Arbeitgeber zu einem reichen Manne wird. Die Arbeiter sind es sich und ihren Kindern schuldig, ihre Arbeitskraft so teuer als nur möglich zu verkaufen. Nur vereint im Deutschen Holzarbeiter-Verband können die Arbeiter ihre Lage verbessern, die Beiträge werden zehnmal Gehälter tragen.

Unsere Lohnbewegung.

In Großhesselohe ist der Streik in der Tischfabrik S. Wenzel ohne Erfolg aufgehoben worden. Dieser ungünstige Ausgang ist dadurch veranlaßt worden, daß sich eine Anzahl Arbeitswillige aus den eigenen Reihen der Streikenden fanden. Mit diesen und den streikenden Arbeitswilligen konnte der Unternehmer seine dringenden Arbeiten erledigen. Ungünstig für die Kollegen war auch die außerordentliche Krisis, welche besonders in der letzten Zeit recht scharf einsetzte. Bezeichnenderweise sind gerade solche früheren Kollegen zum Streikbrecher geworden, welche beim Eintritt der Differenzen nicht laut genug nach einem sofortigen Streik rufen konnten. Insbesondere war es das frühere Kommissionsmitglied Erwin Senf, welcher die Kollegen am lautesten zur sofortigen Arbeitseinstellung aufrieferte und die schärfste Kritik an dem Verhalten des Unternehmers übte, um dann zu den Kollegen in den Rücken zu fallen. Diese früheren Kollegen dürften aber an den verschlechterten Arbeitsbedingungen die Folgen ihrer Handlung zu ihrem eigenen Schaden noch recht deutlich zu spüren bekommen. Da noch immer über 40 Kollegen arbeitslos sind, bitten wir, den Zugang auch noch fernschreiben fernzuführen und offene Arbeitsstellen für Tischler, Polierer und Maschinenarbeiter dem Bevollmächtigten der Zahlstelle zu melden.

In Hulsch hat es in der bekannten Möbelfabrik wieder einmal Differenzen gegeben. Die Direktion verlangte vor Weihnachten plötzlich eine andere Arbeitsweise, die erhebliche Mehrarbeit bedingte, wolle aber dafür nichts zahlen. Als dies die Kollegen natürlich ablehnten, folgte am 24. Dezember die Schließung der Fabrik, die solange dauern sollte, bis die Arbeiter nachgeben. Anfang Januar trat dann die Fabrikleitung an die Ausgesperrten mit dem Vorschlag heran, für den erst am 1. Oktober ablaufenden Vertrag jetzt eine neue Form zu vereinbaren. Doch auch auf diesen Vorschlag gingen die Kollegen nicht ein. Sie wollen den offenen Tarifbruch der Firma nicht noch dadurch belohnen, als diese nun wohl einsehen möchte, daß die Arbeiter standhalten, wurde die Aussperrung zum 12. Januar wieder aufgehoben.

In Nieß haben die Werftarbeiter ihren zum 1. April d. J. ablaufenden Vertrag gekündigt. Bei einer inzwischen stattgefundenen Aussprache zwischen diesem Gewerkschafter und dem Werftarbeiterführer in Nieß erklärte der Unternehmer sich zum Abschluß eines neuen Vertrages und zu Zugeständnissen für den Fall bereit, daß es zu einem möglichst gleichen Vertrag mit allen Werftarbeitern an der sächsischen Elbe kommt. Im Interesse des gesamten Schiffswerftgewerbes müsse später versucht werden, diesen Vertrag auf die preussischen und österrösischen Werften an der Elbe auszudehnen. Obgleich ein solcher einheitlich gefaßter Vertrag zweifellos im Interesse beider Teile liegen würde, stehen der Durchführung dieses Zieltes zurzeit jedoch erhebliche Schwierigkeiten entgegen. In der Hauptsache liegen dieselben an dem Individualismus der Schandauer Werftarbeiter und an dem organisatorischen Mangel des dortigen Werftarbeiter-Schicks. Durch die außerordentliche Einschüchterung der Kollegen und der mangelnden Einigkeit derselben bleiben nicht nur die Arbeitsbedingungen in der Schandauer Werft zurück, sondern auch die einheitlich organisierten Werftarbeiterkollegen in Nieß, Jöhren, Dresden, Cospitz und Königketa leiden darunter. Waren früher die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Werftarbeiter bessere als die der Bauarbeiter in den gleichen Orten, so ist im Laufe der Zeit durch die Unzeit der Schandauer Kollegen das Gegenteil eingetreten. Inzwischen soll der Anregung des Werftarbeiterführers nachgetrieben werden und wird es dazu nötig sein, daß die Schandauer Werftarbeiterkollegen endlich einmal wieder dem Deutschen Holzarbeiter-Verband beitreten.

In Schweini reichen die in den Pianofabriken beschäftigten Kollegen Lohnforderungen ein. Da seitens der Firmeneinhaber zufriedenstellende Zugeständnisse nicht gemacht wurden, verblieb den Kollegen kein weiterer Weg übrig, als ihrerseits die Kündigung einzureichen. Die Pianofabrikanten wollen also Schweini mit Zugang verschonen.

Ausland.

In Genf stehen die Möbelschreiner seit längerer Zeit im Kampf um die Einführung des Neunstundentages und Erhöhung der Stundenlöhne. Für die Arbeiter handelt es sich darum, auf dem Wege, welcher seit langem der Schauplatz anarcho-individualistischer Umtriebe war, einmal geregelte Verhältnisse zu schaffen. Eine Reihe von Betrieben mußte bereits, infolge der musterhaften Haltung der Ausständigen die Forderungen vollinhaltlich anerkennen, doch wehrt sich die Organisation der Unternehmer, der Schweizer Schreinermeisterverein, welchem die Polizei nach berühmten Mustern Handlangerdienste leistet, doch entschieden, obgleich auch schon ein Mitglied desselben die Forderungen der Streikenden ebenfalls vollinhaltlich akzeptiert hat. Nun liegt es an den Kollegen allerorts, die Ausständigen moralisch in ihrem Kampf zu unterstützen und alles daranzusetzen, daß die Versuche der Unternehmer, Arbeitskräfte von arbeitsherbeizuziehen, aufzuhalten werden.

Aus der Holzindustrie.

Sonderbare Ansichten über Vertragsstreue haben die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes für das Schreiner- und Holzgewerbe in Frankfurt a. M. Die Herren möchten die aus ein Verzeichnis der Mitglieder des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. Sie haben an unsere Zahlstellenverwaltung das naive Ansuchen gestellt, dem Arbeitgeberverband nicht nur die Mitgliederliste zuzustellen, sondern diese auch durch monatliche Meldung der Zu- und Abgänge auf dem laufenden zu halten. Daß dieses Mitgliederverzeichnis als Wegweiser für Maßnahmen dienen soll, werden die hiesigen Schutzverbände natürlich nicht zugeben; sie sind eben peinlich ordnungsliebend. Es genügt ihnen nicht, zu wissen, daß sie mit dem Deutschen Holzarbeiter-Verband im Vertragsverhältnis stehen, sie wollen auch genau die Zusammensetzung dieses Vertragspartners kennen. Da mit unserer Verbandsverwaltung in dieser Beziehung nichts anzufangen ist, sucht sich der Arbeitgeberverband mit seinem Anhängsel, der Schreiner-Zwangsgewerkschaft, selbst zu helfen. An die Unternehmer wurden Listen verteilt, in welche sich die in ihren Betrieben beschäftigten Arbeiter selbst einschreiben und dabei zugleich Angaben über Geburtsort und -ort, Familienstand, Zahl und Alter der Kinder, vor allen Dingen aber über die Organisationszugehörigkeit machen sollten. Mit diesen Listen hatten die Herren nicht viel Glück, zumal auch die Lokalverwaltung die Kollegen ersucht hatte, sie zurückzuweisen.

Den Vorstand des Arbeitgeberverbandes hat diese Kenntnis der Holzarbeiter sehr verdrossen; er teilte unserer Verwaltung mit:

... daß ein jeder, der sich nicht als Mitglied einer der vertragschließenden Parteien legitimiert, dadurch dem Anspruch auf Erfüllung der Vertragsverbindlichkeiten (Tariflohn, Alfordgarantie usw.) entzogen, und zwar nicht nur vor der Schlichtungskommission, sondern auch vor dem Gewerkegericht. Wir werden sehr bedauern, wenn Sie durch eine derartige Anweisung den Frieden stören und damit der Urheber für eine Reihe von Streitigkeiten sein würden.

Die Wendung vom Frieden stören, ist lässlich. Die Reue der Arbeitgeberverbände ist nämlich das friedensfördernde Moment, und seine Auffassung, daß die Bestimmungen des Vertrages nur für die Mitglieder der vertragschließenden Parteien gelten, verstößt geradezu gegen den Vertrag. Dabei können sich Vorstand und Mitglieder des Arbeitgeberverbandes nicht etwa auf Unkenntnis herausreden. Sie haben sich schon vor einiger Zeit geweigert, ihre Vertreter in der Schlichtungskommission in Funktion treten zu lassen, wenn ihnen nicht eine Mitgliederliste des Holzarbeiter-Verbandes übergeben ist, aus welcher sie sich überzeugen können, daß der Arbeiter, auf den sich die Beschwerde bezieht, Mitglied des Verbandes ist. Dieses Verlangen ist von unseren Kollegen grundsätzlich abgelehnt worden, und in dieser Angelegenheit angerufenen Zentralrat und die haben in ihrer Sitzung vom 31. Oktober ausdrücklich entschieden:

Die Einberufung der Schlichtungskommission darf nicht von der Einreichung der Mitgliederliste des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes abhängig gemacht werden. Die Schlichtungskommission muß ihre Entscheidung treffen, unberührt durch, ob die Beschwerdeführer Mitglieder des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes sind oder nicht.

Der Arbeitgeberverband in Frankfurt a. M. pfeift aber auf den Vertrag und auf die Beschlüsse der Zentralrat, er beharrt darauf, daß die Schlichtungskommission nicht in Funktion tritt, ehe sein unberechtigtes Verlangen erfüllt ist.

Kürzlich hat der Arbeitgeberverband gemeinsam mit der Schreiner-Zwangsgewerkschaft ein Zirkular verfaßt, in welchem die Mitglieder der Unternehmerorganisationen gewarnt werden, den Verlangen der Arbeiter nach einem früheren Arbeitslohn am Samstag nachzukommen. Dann wird unserer Zahlstellenverwaltung der Vorwurf der Vertragsverletzung gemacht wegen der von ihr den Mitgliedern empfohlenen Art der Berechnung des am 15. Februar 1912 und 1913 in Kraft getretenen Alfordzuschlages von je 3 Proz. Unserer Verwaltung ist der Ansicht, daß ein Alford, der laut Tarif 250 Mk. betragen hat und am 15. Februar 1912 um 3 Proz., also auf 257,50 Mk. erhöht wurde, am 15. Februar 1913 einen von diesem Betrag zu berechnenden Zuschlag von 3 Prozent erhalten müßte; vom 15. Februar 1913 ab würde also der Preis dieses Alfordes 265,22 Mk. betragen. Diese Berechnung entspricht dem Wortlaut des Vertrages. Der Arbeitgeberverband sagt aber, am 15. Februar erfährt der Alfordpreis gegenüber dem ursprünglichen Tarif ein Zuschlag von 6 Prozent, also von 265 Mk. auf 280 Mk. Die Differenz beträgt somit bei einem Alford von 250 Mk. ganze 30 Pf. Statt aber diese Streitfrage ordnungsmäßig von der Schlichtungskommission entscheiden zu lassen, schreit man Händer und Füße.

Der Hauptgrund des Zirkulars ist aber eine Warnung vor der Benutzung unseres Arbeitsnachweises. Die Unternehmer sollen alle möglichen Mittel anzuwenden, nur nicht den Arbeitsnachweis des Holzarbeiter-Verbandes. Das ganze Gebot des Arbeitgeberverbandes erweist den Anschein, als ob die Herren Morge-lust mitteln. Ansehenswürdig müßten sie den schlechtesten Geschäftsgang benützen, um den Vertrag über den Haufen zu werfen. Geipannt darf man darauf sein, welche Mittel sie anwenden werden, um sich von der Zahlung des am 15. Februar dieses Jahres in Kraft tretenden tarifmäßigen Zuschlages zu drücken.

Die englischen Holzarbeiter und die Internationale Union. Die englischen Arbeiter haben wohl die ältesten Gewerkschaften, man kann aber mit einem gewissen Recht sagen, daß der Gewerkschaftsgedanke in England erfarkt ist. In England herrscht eine ungeheure Zersplitterung, auch die Holzarbeiter verteilen sich auf eine große Zahl von Verbänden. Der Internationale Union der Holzarbeiter gehörte seit ihrer Gründung nur der Britische Holzarbeiter-Verband an, der Ende des Jahres 1912 erst 1624 Mitglieder zählte. Erst im Jahre 1911 ist der Londoner Bauarbeiter-Verein, eine kleine Organisation mit 112 Mitgliedern, der Internationale Union beigetreten.

Nunmehr scheint das Interesse der englischen Holzarbeiterorganisationen für den internationalen Zusammenschluß lebhafter geworden zu sein. Im Mai vorigen Jahres ist Kollege Leipart, einer Einladung folgend, nach London gereist, um an einer Delegiertenkonferenz des Holzarbeiter-Verbandes teilzunehmen. Die Gelegenheit war benutzt worden, um eine große Holzarbeiterversammlung abzuhalten, die von einem Komitee einberufen war, welches sich aus den verschiedenen Holzarbeitergewerkschaften in London zusammensetzte. Der Vortrag, den Kollege Leipart hier hielt, scheint auf guten Boden gefallen zu sein.

In der neuesten Nummer des „Bulletin“ der Internationalen Union wird berichtet, daß der große englische Bauarbeiter-Verband, der in Manchester seinen Sitz hat, sich jetzt ernsthaft mit der Frage des Anschlusses an die Internationale Union beschäftigt. Das ist eine Folge der Londoner Reise des Internationalen Sekretärs. Anschließend an dieselbe fand eine lebhaft Korrespondenz mit dem Bauarbeiter-Verband statt, und im August v. J. erschienen auf Einladung des Kollegen Leipart zwei Vertreter des Bauarbeiter-Verbandes, der Generalsekretär Chandler von Manchester und der Distriktssekretär Stennett von London, zu einer mündlichen Besprechung in Berlin, bei welcher der Zweck der Internationalen Union und die Bedingungen des Anschlusses eingehend erörtert und klargestellt wurden.

Auf Grund dieser Aussprache hat jetzt der Vorstand des Bauarbeiter-Verbandes den Antrag auf Anschluß an die Internationale Union seinen Mitgliedern zur Urabstimmung unterbreitet, und er begründet diesen Antrag in dem verfaßten Rundschreiben an die Verbandssektionen mit folgenden treffenden Ausführungen:

„Die wirtschaftlichen Mächte, die die Gewerkschaften in jedem Lande zur Verschmelzung und Vereinigung zwingen, beseitigen auch die Grenzpfähle zwischen den Klassen und Nationalitäten. Die Arbeiter der ganzen zivilisierten Welt müssen an zu verstehen, daß, ebenso wie die Kapitalisten mit nach der Nationalität fragen bei ihrer Ausbeutung der Arbeiterklasse, auch die Interessen der Arbeiter die gleichen überall auf der Welt sind, und daß Klassen und religiöse Vorurteile einfach geschaffen und vorgetäuscht werden von der Kapitalistenklasse, um die Arbeiter jedes Landes blind zu machen und sie zu verleiten, gegen ihre wahren Interessen zu handeln. Jedenfalls bestehen, als das Resultat internationaler Verhandlungen zwischen größeren Gewerkschaften, verschiedene Föderationen ähnlich der, die wir beschreiben. In erster Linie die Internationale Bergarbeiter-Föderation, desgleichen die der Metallarbeiter, Transportarbeiter, Zigarbeiter und andere, durch die moralische und finanzielle Unterstützung geleistet wird, wenn die verschiedenen Verbände in irgend einem Lande mit den Unternehmern in Streitigkeiten geraten. Der Generalkrat ist daher der Ansicht, daß es unseren Mitgliedern klar sein muß, daß, abgesehen von dem Guten, was dadurch geschaffen wird, unter Anschluß an die Internationale Holzarbeiter-Föderation nicht nur die gleichen Resultate zeitigen würde, sondern daß wir auch viel besser in der Lage wären, die Frage der unfairen, im Auslande hergestellten Eisklararbeiten gründlicher zu behandeln, die uns belästigen in diesem Lande solchen Schaden verursacht haben.“

Am Schlusse des Rundschreibens bringt der Generalkrat den geringen Jahresbeitrag, der an die Internationale Union zu entrichten ist, zur Kenntnis und verweist auch darauf, daß die Internationale Union in den letzten Jahren schon wiederholt bei Streiks finanzielle Hilfe geleistet habe.

So steht wohl zu hoffen, daß die Mitglieder des Bauarbeiter-Verbandes den Antrag ihres Vorstandes in der letzten U. abstimmt annehmen werden. Das dürfte dann zur Folge haben, daß auch die übrigen Verbände der Frage des Anschlusses gleichfalls näher treten. Der Bauarbeiter-Verband hat 87 000 Mitglieder in 1096 Sektionen, davon 73 Sektionen in den Vereinigten Staaten von Amerika, 50 in Kanada, 45 in Neuseeland, 56 in Australien und 19 in Südafrika.

Gewerkschaftliches.

Wohl alle freien Gewerkschaften haben in ihr Arbeitsprogramm die Förderung des Allgemeinwissens unter ihren Mitgliedern mit aufgenommen, denn ebenso wie sonst, gilt auch im wirtschaftlichen Kleinrieg, daß Wissen Macht bedeutet. Es wird heute ja auch schon in bürgerlichen Kreisen nicht mehr bestritten, daß die Gewerkschaftsarbeit den Arbeiter kulturell hebt.

In den letzten Jahren ist immer mehr darauf hingearbeitet worden, das ganze Gebiet der Bildungsarbeit innerhalb der gesamten Arbeiterbewegung planmäßig zu organisieren. Ein Erfolg dieses Strebens dürfte sein, daß auch der Zweig des Bildungswezens, den wir hier im Auge haben, das Bibliothekswesen, innerhalb der freien Gewerkschaften sich immer mehr entwickelt hat. Die örtlichen Buchereien haben sich aus dem Zustand der Kleinheit, wenig benutzten Einrichtung des einzelnen Verbandes in immer steigendem Maße zu reichhaltigen und gutverwalteten gemeinsamen Bibliotheken entwickelt. Die alljährlich von der Generalkommission der Gewerkschaften veröffentlichten Berichte über die Tätigkeit der Gewerkschaftskartelle lassen erkennen, daß diese in den letzten Jahren der Versorgung der Gewerkschaftsmitglieder mit gutem Lesestoff erhöhte Aufmerksamkeit zuwandten. Während von den 465 berichtenden Kartellen des Jahres 1906 nur 252 über eine (gemeinsame) Bibliothek und nur 58 über ein Lesezimmer verfügten, hatten Ende 1912 von 717 existierenden Kartellen bereits 581 eine Bibliothek und 98 ein Lesezimmer.

Die Entwicklung hat also bereits dahin geführt, daß in den allermeisten Orten die Gewerkschaftsbibliotheken zusammengelagert sind. Dieser Schritt war in den kleineren Städten um so leichter, als dort zum Teil alle Gewerkschaften ohnedies das gleiche Verzeichnissystem hatten und die einzelnen Verbände durch den Bücherbedarf an Buchermangel litten. Mit der Schaffung von Gewerkschaftshäusern und der damit verbundenen Zentralisierung des Verkehrs wurden auch in den größeren Orten die Voraussetzungen für eine Zusammenlegung der Bücherbestände gegeben. Tatsächlich sind denn heute auch nur wenig bedeutende Gewerkschaftsorte ohne eine gemeinsame Bibliothek. Wenn dies letztere aber z. B. auch noch auf Berlin zutrifft, so liegt dies eben an besonderen

lokalen Verhältnissen. Zu beachten ist hier allerdings, daß der Berliner Arbeiterklub bereits eine gute zentrale Ausleihgelegenheit in der von dem sozialdemokratischen Stadtverordneten Hugo Reimann gegründeten und vorzüglich geleiteten „Deffentlichen Bibliothek und Lesehalle“ (Waldenstrasse 51) besitzt. Immerhin würde bei der räumlichen Ausdehnung des gewerkschaftlichen Groß-Berlins eine Zusammenlegung der Gewerkschafts- oder vielmehr aller Arbeitervereinsbibliotheken erst die vorhandenen Schätze der Deffentlichkeit zugänglich machen. Natürlich müßte Hand in Hand damit eine Dezentralisierung nach örtlichen Bezirken gehen, also die Schaffung von Nebenstellen. Die Bibliothek unserer Berliner Zahlstelle unterhält ja solche in der Praxis bereits, indem Teile der Bibliothek in den Zweigbüros Neukölln und Weißensee untergebracht sind.

Die Aufwendungen, welche die Gewerkschaftskartelle für Bibliotheken und Lesehallen machten, stiegen von 58 000 Mk. im Jahre 1906 auf 111 500 Mk. im Jahre 1912. Ueber die Benutzung dieser Einrichtungen liegen gemeinsame Angaben nicht vor. Sie dürfte auch recht unterschiedlich sein, da hier bestimmte Faktoren einen wesentlichen Einfluß ausüben. So vor allem die mehr oder weniger bequeme Ausleihgelegenheit, also günstige Lage des Lokales und der Ausgabekunden, Bilderreichtum und -sauberkeit, ein übersichtlicher Katalog u. a. m. Dazu kommt noch das Vorhandensein anderer günstig gelegener Buchereien oder Lesehallen.

Mangels einer nach einheitlichen Gesichtspunkten aufgestellten Statistik über Umfang und Benutzung der Bibliotheken geben wir die Erfahrungen einiger Gewerkschaftskartelle wieder, von denen uns zufällig neuere Geschäftsberichte vorliegen. Die höchste Zahl der entliehenen Bücher weist dabei Hannover auf, dessen Bericht überhaupt in dieser Hinsicht recht interessant ist, weil er ins einzelne gehende Angaben enthält. Bis zur Jahreswende 1910/1911 gab es dort 18 verschiedene Gewerkschafts- und Parteibibliotheken, die im Jahre 1910 zusammen etwa 15 000 Ausleihungen erzielten, 1911, als erstes Jahr der Zentralisation, brachte es aber schon auf 48 435, 1912 gar auf 68 877 ausgeliehene Bücher. Die hannoversche Bibliothek verfügt über rund 8000 Bände, dabei 675 Bände einer besonderen Abteilung für Kinder. Am stärksten vertreten ist die ja auch am meisten verlangte „Schöne Literatur“ mit 3491 Bänden, als „Arbeiterfragen“ werden 581 und unter „Geschichte“ 556 Bände bezeichnet, dagegen erscheint die „Fachliteratur“ mit 195 Bänden (dabei 12 aus der Holzindustrie) noch recht knapp ausgestattet. Leserkarten, die wohl der Zahl der benutzenden Personen entsprechen, sind im Jahre 1912 insgesamt 4736 ausgegeben, davon entfielen 3841 auf Gewerkschaftsmitglieder, was ungefähr dem zehnten Teil aller vorhandenen Mitglieder entspricht. Besonders interessant sind die Mitteilungen über die Benutzung der verschiedenen anderen am Orte vorhandenen Bibliotheken. Während die (gewerkschaftliche) Zentralbibliothek 68 877 Ausleihungen erzielte, brachte es die des Arbeiter-(Bildungs-)vereins auf 7594, der Verein für Volksbibliotheken auf 42 445, die Zentral-Leserbibliothek auf 6774, die Stadtbibliothek auf 30 755, die Königl. und Provinzialbibliothek auf 22 867. Die Gewerkschaften marschieren also auch hier voran, immerhin erscheint ihre Benutzungsziffer gegenüber den (letzgenannten) Gelehrten-Bibliotheken noch gering.

Die Zentral-Arbeiterbibliothek in Frankfurt a. M. berichtet über einen hübschen Fortschritt im Jahre 1912. Sie brachte es auf 2866 Leser (bei 45 000 gewerkschaftlich organisierten) und 33 002 Entleihungen. Die Holzarbeiter stellen dabei mit 290 die zweitstärkste Lesegruppe. Die Zahl der gelesenen ersten Bücher stieg gegenüber dem Vorjahr von 15 auf 22 Prozent aller entliehenen Werke, während die Unterhaltungsliteratur nur noch 73 (gegen 80) Prozent ausmachte. Die Benutzung der Jugendbibliothek stieg von 1201 auf 1709 Bände. Die Besserung wird im Kartellbericht wesentlich auf das Erscheinen des neuen spezialisierten Kataloges zurückgeführt.

Weniger befriedigend spricht sich der Kartellbericht von Nürnberg aus, der zur Hebung der Frequenz die Einrichtung von Nebenstellen empfiehlt, deren es übrigens bereits in Hannover zwei und in Frankfurt eine gibt. Ueber die Zahl der vorhandenen Bände sagt der Bericht nichts. Von 1771 neu ausgestellten Leserkarten entfielen 446 auf Holzarbeiter, von denen im Jahreslauf 143 zu gleicher Zeit Bücher entliehen hatten. Die Zahl der erzielten Ausleihungen betrug 19 878.

Günstiger erscheint das Bild in Stuttgart, wo mit der Zweigstelle Cannstatt bei 9795 vorhandenen Bänden 25 352 Ausleihungen erzielt wurden. Die Zahl der Entleiher wird mit 10 886 angegeben. Der Gewerkschaftsverein München berichtet für 1911 ohne nähere Angaben, daß Stand und Frequenz seiner Bucherei sehr befriedigend seien. Eine Zusammenlegung sämtlicher Gewerkschafts- und Sektionsbibliotheken stehe in Aussicht. Der letzte uns vorliegende Bericht des Gewerkschaftskartells Leipzig (für 1911) besagt, daß die Benutzung der vorhandenen 64 Bibliotheken der Arbeiterorganisationen ganz enorm gewachsen sei. Bei 72 000 gewerkschaftlich organisierten Arbeitern wurden 164 000 Ausleihungen erzielt. Davon entfielen, wie wir dem Geschäftsbericht unserer Zahlstelle entnehmen, nur 14 855 Entleihungen auf die Zentralbibliothek. Die Holzarbeiter stellten hierbei 259 Leser, die 3572 Bände entliehen.

Schließlich sei noch unserer größten Zahlstelle, Berlin, gedacht, die im Hauptbüro einen eigenen Bibliothekar beschäftigt. Einschließlich der beiden Zweigstellen Neukölln und Weißensee sind 4754 Bände vorhanden, mit denen insgesamt 16 567 Entleihungen erzielt wurden. Rund 2200 Kollegen benutzten die gebotene Bildungsgelegenheit. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, daß die räumliche Ausdehnung des Zahlstellengebietes manche Kollegen von der Benutzung abhält, zumal ihnen zumeist auch noch örtliche Wahlvereinsbibliotheken zur Verfügung stehen. Ferner bietet die bereits eingangs erwähnte Heimannsche „Deffentliche Bibliothek und Lesehalle“ eine außerordentlich günstige Gelegenheit zur Entnahme von Büchern, fällt hier doch kein der wohlgeordnete Katalog einen Band von nahezu 1000 Seiten.

In dem am 24. Oktober 1913 abgeschlossenen 14. Geschäftsjahr dieser Anstalt sind insgesamt 70 899 Bände nach Hause geliehen worden. Außerdem ist die zur Bibliothek gehörige Lesehalle von 67 312 Personen besucht worden (wobei natürlich die öfter Erschienenen mehrmals gezählt sind). In der Lesehalle liegen jetzt 619 Zeitungen und Zeit-

Schriften aus, auch steht den Besuchern eine Nachschlagelbibliothek von 2131 Bänden zur Verfügung.

Lebhaftem bezw. zimmer besten übergens auch zwei von den vorgenannten Gewerkschaften, nämlich die in Frankfurt a. M. und in Hannover. Beide sind auch beinahe gleich stark belegt, indem sie je etwa 180 Zeitungen und Zeitschriften, dabei 60 Tageszeitungen bereithalten.

Wenn sich diese Betrachtung auch nur auf einige Stichproben beschränkt, so zeigt sie doch, daß unsere Gewerkschaften auch in diesem Zweige der Bildungsarbeit bereits ganz erhebliches leisten, womit allerdings nicht gesagt sein soll, daß nicht noch mehr getan werden könnte. Dazu scheint aber überall guter Wille vorhanden zu sein. Als selbstverständlich darf man es bezeichnen, daß in den gemeinsamen oder Zentralbibliotheken aus jedem Gebiete mindestens die Verbandsliteratur, die gebundenen Jahrgänge der "Holzarbeiter-Zeitung" wie unseres Fachblattes sowie einige technische Werke vorhanden sein sollten. Die richtige Auswahl im Bestand der Bücher hebt die Verwertung. Dann aber darf man sich dem Wunsche der Bücherverwalter anschließen, daß die vorhandenen Schätze nicht begraben bleiben, sondern gehoben werden sollen, wozu die gegenwärtigen langen Winterabende unseren Mitgliedern die beste Gelegenheit geben.

Die Tarifverträge im Bauhölzer- und Anschlägergewerbe. Unter diesem Titel hat der Vorstand des Metallarbeiter-Verbandes eine 200 Seiten umfassende Sammlung von Tarifverträgen herausgegeben. Der dieser Sammlung vorausgeschickte Einleitung entnehmen wir, daß für die verschiedenen im Metallarbeiter-Verband organisierten Berufe im Jahre 1912 1084 Verträge bestanden, die für 13 073 Betriebe mit 178 798 Arbeitern Geltung hatten. Von diesen Verträgen entfallen auf die Branche der Schlosser 92 für 3988 Betriebe und 22 006 Arbeiter. Im Jahre 1903 existierte erst ein Vertrag für 58 Betriebe und 175 Arbeiter. Von den Schlosserarbeiten sind 63 reine Bauhölzer- bzw. Anschlägerarbeiten, die sich auf 60 Orte verteilen und für 5959 Betriebe mit 16 151 beschäftigten Personen Gültigkeit hatten. Von letzteren waren 11 009 oder 70,5 Prozent Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.

Aus dem Inhalt der Tarifverträge interessieren vor allem die Bestimmungen über Arbeitszeit und Lohnhöhe. Bemerkenswert ist, daß in allen Verträgen, mit einer Ausnahme, ein Mindestlohn festgesetzt ist. Der Mindestlohn für selbständige oder ältere Arbeiter schwankt zwischen 38 bis 88 Pf. in Straubing und 80 Pf. in Berlin und Potsdam. Für jüngere Arbeiter, meist bis zum vierten oder fünften Jahre nach beendeteter Lehrzeit, sind niedrigere Löhne festgesetzt. Die vorherrschende Arbeitszeit ist die 8stündige; ihr unterstehen 43,5 Prozent der Betriebe und 50 Prozent der Arbeiter. In zwei Tarifen (in Berlin und Potsdam) für 800 Betriebe und 1248 Personen ist die 48stündige Arbeitszeit festgesetzt. In fünf Tarifen (Weidberg, Kassel, Schleswig, Straßburg und Worms) mit 190 Betrieben und 318 Personen ist eine 60stündige Arbeitszeit vorgesehen.

Technisches.

Formenschatz für die Arbeiter des Bauhandwerkers nennt sich eine neues Werk, das der Direktor der Darmstädter Baugewerkschule, Prof. A. Mienkoop, im Verlag von E. A. Ludwig Degener in Leipzig herausgegeben hat. Dem Verfasser schwebte die Absicht vor, den Formen der allheimischen Ueberlieferung zu einer Auferstehung und dem darniederliegenden Handwerk zu einem guten Geschick, und damit zu neuer Blüte zu verhelfen. Die Abneigung gegen die nivellierende Großindustrie spricht dabei mehrfach aus den Zeilen. Man kann das ehrsame Handwerk und auch die heimischen Formen lieben, braucht aber doch nicht alles zu unterschreiben, was der Verfasser sagt, so daß ein durch Handarbeit hergestellter Stuhl, "unter allen Umständen" besser ist als das Gleiche in Fabrikware. Unsere großen Stuhlfabriken würden den Herrn bald eines Besseren belehren. Wenn dem Buch trotzdem das Interesse nicht ganz abzusprechen ist, so, weil in den 46 Abbildungen nicht nur die alte interessante Form, sondern auch deren Aufbau gezeigt ist. Das Buch kostet in einfachem Pappband 2,50 Mk.

Gingefandt.

Erweiterung der Arbeitslosenunterstützung. Der Gedanke der Erweiterung der Arbeitslosenunterstützung ist durchführbar und sollte verwirklicht werden. Die Kollegen, die der Arbeitslosenunterstützung vor deren Einführung mit gemäßigten Gefühlen gegenüberstanden, sind so nach und nach zu der Einsicht gekommen, daß die Unterstützung nötig ist. Verschiedene Kollegen sind nur dann gegen die Arbeitslosenunterstützung, wenn sie in Arbeit stehen, wenn sie aber, wie jetzt, auf der Straße liegen, dann hört man nichts gegen die Unterstützung, dann sind sie froh, daß sie welche bekommen, und der Beitrag ist dann auch nicht zu hoch. Aber wird eine solche Erweiterung der Unterstützung ohne Beitragserhöhung abgehen? Ich glaube es nicht! Es wäre wünschenswert, wenn der Vorstand der Sache etwas näher tritt. Sollten entsprechende Anträge zum nächsten Verbandstage gestellt werden, wäre es des Vorstandes Pflicht, Vorschläge zu machen. Wir Berliner Kollegen tun schon, was in unseren Kräften steht und ich glaube, wir werden noch mehr leisten müssen, wenn sich die Verhältnisse nicht bald ändern. Die letzte Beitragserhöhung hat hier in Berlin sehr böses Blut gemacht, aber trotzdem kam sie uns sehr zustatten, wir haben manchem Kollegen etwas geben können, was ohnedem nicht möglich gewesen wäre. Mancher Kollege, der damals sein Verbandsbuch beiseite gelegt hat, wird den Schritt schon herauf haben. Denn auch ihn hat die Krise erfasst, auch er mußte daran glauben. Die Berliner Verwaltung hat in der Neujahrswoche 20 000 Mark an Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt. Ist das nicht eine Leistung? Wo etwas geleistet wird, muß auch eine Gegenleistung sein, und die ist in dem erhöhten Beitrag hier sehr zustatten gekommen. Der Hauptvorstand steht in der ganzen Sache den Mitgliedern mit zugehörigsten Tischen gegenüber, denn das Statut gibt ihm das Recht dazu. Aber der nächste Verbandstag wird sich wohl mit etwas mehr Sozialpolitik befassen und nicht den Schwerpunkt der Arbeitslosenunterstützung den Lokalkassen überlassen. Die

Botalkassen sind moralisch verpflichtet etwas für die ausgefallenen Mitglieder zu tun. Der Vorstand steht ruhig zu wie sie das letzte nach oben kehren und denkt, ist auch ganz recht, warum zahlt ihr so viel. Abschaffen können wir das Geld nicht sofort, aber etwas abwenden, und das ist auch ein Vorteil. Das Arbeiterlos ist zu arbeiten und hungern, dann arbeitslos sein und weiter hungern. Es darf auch nicht gesagt werden, die Kollegen bekommen zu viel Unterstützung. Wer selbst mit in dem Glend herumwackelt, muß für eine erweiterte Arbeitslosenunterstützung sein, auch wenn er sich noch so radikal gebildet.

A. Heintz, Berlin.

Die Befestigung der Unfallgefahren.

Nützlich sind an dieser Stelle von einem Stuttgarter Kollegen einige Anregungen gegeben worden, die allgemein beachtet werden sollten. Aber sie allein genügen nicht. Wir müssen fordern, daß bei jeder Lohnbewegung ein bis zwei Maschinenarbeiter der Kommission angehören, um energisch die Forderungen ihrer Branchenkollegen zu vertreten. In den Forderungen anlässlich von Tarifabschlüssen muß enthalten sein, daß Arbeiterbetriebskontrollen, welche von den Maschinenarbeitern zu bestimmen sind, zu Betriebsrevisionen zugelassen werden. Nur auf diese Weise wird es uns gelingen, im Verein mit der Gewerbeinspektion zu erreichen, daß die §§ 120a und 120b der Gewerbeordnung durchgeführt werden. Auch die beste Berufsgenossenschaft ist nicht in der Lage, die Unfälle und deren Ursachen zu beseitigen, wenn nicht diese Kontrolle seitens der Maschinenarbeiter vorhanden ist. In jedem Ort, an dem eine Berufsgenossenschaft ihren Haupt- oder Sektionsort hat, muß ein aus Maschinenarbeiterkreisen, von der Ortsverwaltung beauftragtes und vom Hauptvorstand beauftragtes Mitglied als Betriebskontrollen angestellt werden. Dieser muß auch über die Qualifikation der Maschinenarbeiter das Recht der Beurteilung und der Einsprache haben. Im Interesse der gesamten Kollegenschaft sollten Hauptvorstände wie die Hauptvorstände und Ortsverwaltungen mehr wie bisher für die Unfallverhütung wirken.

Josef Kauf, Karlsruhe.

Einführung einer Altersunterstützung im Verband.

Die Einführung einer Altersunterstützung im Verband ist eine Angelegenheit, die ernst Erwägung verdient. Man sollte den alten Mitgliedern, die vielleicht dem Verband seit seinem Bestehen angehören, eine lebenslängliche Unterstützung zahlen. Das wäre nur eine gerechte Gegenleistung

für die Opfer, welche diese Kollegen für die Organisation gebracht haben. Eine solche Altersunterstützung wäre nur ein folgerichtiger Ausbau der Arbeitslosenversicherung. Wenn die Altersunterstützung auch nicht ausreichen würde, um den alten Kollegen einen sorgenfreien Lebensabend zu sichern, so könnte ihnen doch über die ärztliche Not hinweggeholfen werden. Die Betreffenden könnten dann die Berufstätigkeit aufgeben und es würden mehr Plätze frei für die jungen arbeitslosen Kollegen. Ueber die Höhe der Altersunterstützung will ich keine Vorschläge machen und ebensowenig über die Voraussetzungen für ihre Gewährung. Immerhin müßten die Sätze mindestens so hoch sein, wie die der Arbeitslosenunterstützung. Wenn bei den Kollegen Geneigtheit vorhanden sein sollte, auf die Sache überhaupt einzugehen, dann wird es nicht schwer fallen, sich über die Einzelheiten zu verständigen.

Friedrich Sandmann, Furtwangen.

Literarisches.

Die nachbenannten Werke können auch durch die Verlagsanstalt der Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Berlin SO. 16, Am Köpenicker Park 2, bezogen werden.

Unsere Genussmittel. Von Dr. Alexander Sipschitz. Unter diesem Titel gelangte soeben Heft 88 der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek zur Ausgabe. Der Verfasser sehr eingehend den Unterschied zwischen Nahrungs- und Genussmitteln auseinandersetzt und bespricht in sechs Abschnitten die wichtigsten Genussmittel: Kaffee, Tee, Kakao, Schokolade, Alkohol, Tabak und Gewürze, zum Schluß solche Genussmittel, welche zugleich Nahrungsmittel sind. Der Preis der Schrift ist, wie bei allen Heften der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek 20 Pf. — Eine Ausgabe in besserer Ausstattung kostet 50 Pf.

Bücherei Militär-Anarchie und Militär-Lustig. Bezieht sich die Rede Hermann Wendels, welche soeben als Proschüre im Verlag der Buchhandlung Volkstimme, Frankfurt a. M., erschienen ist. Der Preis ist auf 10 Pf. festgesetzt. Eine Ausgabe auf besserem Papier kostet 30 Pf.

Briefkasten.

Unsere Korrespondenten wurden wie darauf aufmerksam, daß der Redaktionsschluss am Dienstag mittag eintritt. Später eingehende Zuschriften können für die laufende Nummer nicht mehr berücksichtigt werden.

Arbeitslosigkeit im 4. Quartal 1913.

Table with columns for Gau, Arbeitslose Mitglieder am Orte, Arbeitslose auf der Reise, and various statistics for the 4th quarter of 1913.

Im vierten Quartal 1913 wurden insgesamt 47 561 Mitglieder als arbeitslos gemeldet gegen 40 874 im vorigen und 40 152 im vierten Quartal 1912. Die Prozentziffer der Arbeitslosen zur jeweiligen Mitgliederzahl betrug im Berichtsquartal 26,1, im Vorquartal 21,2 und im vierten Quartal des Vorjahres 20,6 Prozent. Demnach weist die Arbeitslosigkeit im Berichtsquartal gegen das Vorquartal und auch gegen das Vergleichsquartal 1912 eine Steigerung von 3,9 bzw. 4,5 Prozent auf. Auch der Prozentsatz der Mitglieder, die am letzten Tage des Quartals noch ohne Beschäftigung waren, ist um 7,1 Prozent gestiegen, und zwar von 3,9 auf 11,0 Prozent; im Vergleichsquartal 1912 betrug dieser Prozentsatz auf 6,7 Prozent. Von den Gauen hat bezüglich der Arbeitslosenmeldungen, wie schon früher, der Gau Berlin mit 46,4 Prozent (44,4 im Vorquartal) die höchsten Ziffern aufzuweisen. Dann folgen: München 30,1 (28,7), Hamburg 29,0 (33,2), Nürnberg 24,0 (16,6), Magdeburg 21,9 (14,6), Stettin 21,7 (14,3), Frankfurt 20,6 (12,1), Danzig 20,0 (8,8), Breslau 19,7 (14,1), Dresden 19,7 (12,8), Hannover 17,6 (14,6), Leipzig 16,2 (15,9), Stuttgart 15,1 (8,4), Erfurt 13,6 (8,2) und Düsseldorf 12,4 (12,0). Außer im Gau Hamburg, welcher eine Abnahme der Arbeitslosenmeldungen von 4,2 Prozent zu verzeichnen hat, ist letztere in allen übrigen Gauen gestiegen; diese Steigerung schwankt zwischen 0,3 Prozent im Gau Leipzig und 13,4 Prozent im Gau Nürnberg. Die Zahl der am Quartalschluss verbliebenen Arbeitslosen geht in den Gauen Berlin mit 19,9, Nürnberg mit 16,2, Danzig mit 13,1, München mit 12,5 und Stettin mit 11,4 Prozent über den Reichsdurchschnitt (11,0) hinaus. Der Zugang an Arbeitslosen belief sich im Berichtsquartal auf 40 021, das ist gegenüber den angezogenen Vergleichsquartalen ein Mehr von 8729 bzw. 4165. Auch die Zahl der unterstützten Arbeitslosen ist gestiegen, und zwar beträgt gegen das Vorquartal die Steigerung 3955 und gegen das vorjährige Vergleichsquartal 4023. Auf 100 Arbeitslose entfallen 39,6 Unterstützte gegen 33,4 bzw. 36,9 in den beiden Vergleichszeiten. Der Anteil

der Unterstützten an der Gesamtzahl der Arbeitslosen schwankt in den einzelnen Gauen zwischen 27,4 und 71,7 Prozent; er bezieht sich im Gau Magdeburg auf 71,7, Hannover 62,7, Düsseldorf 60,8, Frankfurt 59,7, Leipzig 56,2, Erfurt 45,4, Stuttgart 44,1, Breslau 43,3, Danzig 40,5, München 39,0, Dresden 33,6, Nürnberg 33,6, Stettin 32,8, Berlin 32,3 und Hamburg 27,4 Prozent. Die durchschnittliche Dauer der unterstützten Arbeitslosigkeit betrug 17,9 Tage gegen 17,2 Tage im vorigen und 14,4 Tage im vierten Quartal 1912. Der durchschnittliche Betrag der ausgezahlten Arbeitslosenunterstützung ist von 30,59 Mk. im vorigen auf 32,00 Mk. im Berichtsquartal gestiegen; im vierten Quartal 1912 bezifferte sich der durchschnittliche Unterstützungssatz auf 26,23 Mk. Den höchsten Durchschnitt der unterstützten Zeit sowohl wie auch den höchsten Unterstützungssatz hat der Gau München mit 34,8 Tagen und 62,60 Mk. aufzuweisen. Mit 13,9 unterstützten Tagen steht dagegen der Gau Hannover in Bezug auf die Dauer der unterstützten Zeit an letzter Stelle, während die niedrigste Unterstützungssumme, die sich auf 20,42 Mk. bezieht, der Gau Danzig zu verzeichnen hat. Die Reiseunterstützung ist gegen das Vorquartal um 14 924,05 Mk. niedriger, beträgt aber gegen das vorjährige Vergleichsquartal 4625,71 Mk. mehr. Bezüglich der Zahl der auf der Reise unterstützten Mitglieder ist wieder daran zu erinnern, daß es sich bei den Zahlen in der Tabelle in Wirklichkeit nicht um so viele Mitglieder handelt, da die reisenden Mitglieder so oft mehrfach gezählt werden, als sie in mehr als einer Jahreshälfte Unterstützung erheben. Zum Schluss richten wir wieder das Ersuchen an alle Verbandsmitglieder, auch in Zukunft zur Ermöglichung einer vollkommenen Arbeitslosenstatistik dadurch beizutragen, daß jeder, ob unterstützungsbedürftig oder nicht, im Falle der Arbeitslosigkeit die sofortige Meldung bei der Sozialverwaltung nicht verjäumen möge. Der Verbandsvorstand.

Anzeigen.

Kenstadt i. Chl. Die Herberge befindet sich vom 1. Januar 1914 im Gasthaus „Schwarzbürger Hof“...

Bremervahren. Die zurückkehrenden Kollegen aller Branchen haben sich zuerst im Büro, Reich 61-63...

Breslau. Die Herberge befindet sich seit 1. Juli d. J. im neuverkauften Gewerkschaftshaus...

Darmstadt. Arbeitsnachweis Bismarckstraße 10. Umgehungen streng verboten.

Gesfurt. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen für Erfurt und Umgebung befindet sich nur Stiefelstraße 20...

Heilbrunn a. Main. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen im Holzgewerbe befindet sich im Verzeichnis...

Leipzig. Der paritätische Arbeitsnachweis für die Holzgewerbe befindet sich im Büro, Gasse 24...

Leipzig. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Büro, Gasse 13, St. 1. Umgehungen streng verboten.

Leipzig. Der Arbeitsnachweis befindet sich in der „Philharmonie“, 1. Etg. (Paritätischer Weg 33)...

Leipzig. Die Arbeitsvermittlung für Holzarbeiter aller Art erfolgt nur durch das Städtische Arbeitsamt...

Wald, Rheinland. Arbeitslosen- und Reiseunterstützung werden im Gewerkschaftshaus ausbezahlt...

Wald, Rheinland. Die zurückkehrenden Kollegen, welche hier in Arbeit treten wollen, werden ersucht, sich zuvor...

Wald, Rheinland. Die Arbeitsvermittlung für Holzarbeiter aller Art erfolgt nur durch das Städtische Arbeitsamt...

Wald, Rheinland. Die Arbeitsvermittlung für Holzarbeiter aller Art erfolgt nur durch das Städtische Arbeitsamt...

Wald, Rheinland. Die Arbeitsvermittlung für Holzarbeiter aller Art erfolgt nur durch das Städtische Arbeitsamt...

Wald, Rheinland. Die Arbeitsvermittlung für Holzarbeiter aller Art erfolgt nur durch das Städtische Arbeitsamt...

Wald, Rheinland. Die Arbeitsvermittlung für Holzarbeiter aller Art erfolgt nur durch das Städtische Arbeitsamt...

Wald, Rheinland. Die Arbeitsvermittlung für Holzarbeiter aller Art erfolgt nur durch das Städtische Arbeitsamt...

Wald, Rheinland. Die Arbeitsvermittlung für Holzarbeiter aller Art erfolgt nur durch das Städtische Arbeitsamt...

Wald, Rheinland. Die Arbeitsvermittlung für Holzarbeiter aller Art erfolgt nur durch das Städtische Arbeitsamt...

Wald, Rheinland. Die Arbeitsvermittlung für Holzarbeiter aller Art erfolgt nur durch das Städtische Arbeitsamt...

Wald, Rheinland. Die Arbeitsvermittlung für Holzarbeiter aller Art erfolgt nur durch das Städtische Arbeitsamt...

Wald, Rheinland. Die Arbeitsvermittlung für Holzarbeiter aller Art erfolgt nur durch das Städtische Arbeitsamt...

Wald, Rheinland. Die Arbeitsvermittlung für Holzarbeiter aller Art erfolgt nur durch das Städtische Arbeitsamt...

Wald, Rheinland. Die Arbeitsvermittlung für Holzarbeiter aller Art erfolgt nur durch das Städtische Arbeitsamt...

Wald, Rheinland. Die Arbeitsvermittlung für Holzarbeiter aller Art erfolgt nur durch das Städtische Arbeitsamt...

Wald, Rheinland. Die Arbeitsvermittlung für Holzarbeiter aller Art erfolgt nur durch das Städtische Arbeitsamt...

Korbmacher.

8 erstklassige Gesellen auf Weiden-Wulst-Arbeit und 4 do. auf bessere Pöbldigmbel...

Gesucht ein Korbmacher auf viereckig Gematt. Aug. Necht, Korbmacher Gabenberge, Unter-Elbe.

Gesucht 1 Korbmachergehilfe auf Reparatur, geschlagene Arbeit. G. Deneke, Osnabrück.

2 Korbmacher auf Matt- und Rohrarbeit (Geflochtenkörbe) stellt sofort ein S. Paehold, Rothenburg a. Oder.

6 bis 8 tüchtige Gesellen suchen für sofort auf Alford. 32 bis 36 M. Verdienst. H. C. Freese, Kiel, Reichenstraße 24.

Ein junger Korbmacher auf Weiß- u. Grün-geschlagen bei dauernder Arbeit gesucht. E. Walz, Gardelegen (Altmark).

Korbmacher

auf Pöbldigrohrarbeit sowie Reiseförbe sucht für dauernd. Germania Kindermagen-Fabrik, Zeit Leipziger Str. 14.

Korbmacher (Gesellen) werden eingest. Näheres d. Zahlstelle Brandenburg a. S., Neust. Markt 21.

3 bis 4 Bürstenmacher, flotte Einzicher, werden eingest. Alfordtag per 1000 Bbl. 1,25 bis 1,50 M. Sorge & Krause Kiel, Industrie für Bürsten-Neuheiten Ruffee bei Kiel.

Mechanische Schreinerei, mittlerer Größe, der Neuzeit entsprechend, in Rhein-Industriestadt...

Tischlerwerkzeuge, anerkannt das Beste, fabriziert und hält auf Lager H. Himstedt, Hamburg, Nagelweg 51. Preisl. zu Dienst.

Quittungs-Marken und Kautschuk-Stempel liefert seit 30 Jahren Jean Holze & Co. Hamburg, Besenbinderhof 70.

Patent Broschüre über „Selbststammeldung“ gratis v. K. Berbig, Hannover, Milsburgerdamm 77.

Soeben ist erschienen: Politik und Gewerkschaften Ein Kapitel aus den Kämpfen der Gewerkschaften mit Polizei u. Justiz...

Der Braunschweiger Korbmacher Schimpf von Anno 1790. Als eine lehrreiche und ergötzliche Begebenheit aus Zeiten des preussischen Staatsarajus...

Der Werfstreit 1913. Bericht an die Mitglieder des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes, herausgegeben vom Verbandsvorstand.

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H. Berlin SO. 16, Am Kölln. Park 2.

Laubsägerei Kerbschnitt- u. Holzbrand-Werktag, Holz, Vorlagen usw. in groß. Auswahl billigst. J. Brendel, Mutterstadt 95, Pfalz. Katalog gratis und franko.

Leim- u. Furnieröfen fertigen als Spezialität schon von 28 M. an. Prospekt gratis. Gebr. Bettinger, Freiburg i. B. 2.

Amerik. Werkzeug-Neuheiten. Patent-Schraubenzieher Original Nr. 30, ausgezogene Länge 50 cm, mit 8 Rillingen à 4,50 M. Schrauböl Nr. 80, mit 1 Eßl. 30 mm breit à 2,25 M. Reform-Bohrbohrer mit Garantie 1a à 5,25 M....

Billard-Queue-Spiße auswechselbar, vollständig neu konstruiert, la Referenzen. Für Wiederverkäufer guten Verdienst. Muster gegen Einsendung von 50 Pf. Prospekt gratis. Joh. S. Scherber, Leipzig-Zuchelhausen.

Das Hochglanzpolieren. Rationelles Verfahren, stets wunderbar ebene Flächen u. höchsten Glanz zu erzielen. Genaue Anleitung gep. Eins. von 1,70 M. von H. Reher, Polierw., Hamburg 22, Wohlthorferstr. 8, hochparterre.

Für die Zahlstellen-Bibliotheken Mitte Januar erscheint der Jahrgang 1913 der Holzarbeiter-Zeitung auf besserem Papier gedruckt und in gutem Leinwandband.

Der Preis beträgt einschließlich Porto M. 3,50. Bestellungen erbitten wir rechtzeitig an die Zahlstellenverwaltungen bezw. an untenstehende Adressen zu richten.

Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes G. m. b. H. Berlin SO. 16, Am Kölln. Park 2.

Wir empfehlen zur Anschaffung: Der gute Schriftführer und Berichterstatter Ein Hilfsbuch für alle in der Arbeiterbewegung schriftlich Tätigen von Wilhelm Riepenhoff, Redakteur in Magdeburg. Preis 60 Pf.

Klassenjurist! Von Erich Kuttner. Preis 1 M. August Bebel. Ein Lebensbild. Von H. Wendel. Preis 1 M.

Giebknechts Volksfremdwörterbuch. 13. Auflage. Preis gebunden 3,20 M.

Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe. Veranlaßt vom Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe und dem Deutschen Holzarbeiterverband.

Table with columns: Ort, Berufskategorie (Zantischler, Möbelschneider, Maschinenarbeiter, Polierer, Drechsler, Sonstige Branchen), and columns for A, B, C (Arbeitsstellen) and Gesamt (Gesamt). Rows include Berlin, Bremen, Breslau, Celle, Eisenburg, Goch, Hamburg, Hannover, Herford, Leipzig, Lübeck, and Zusammen.

Paul Horn Politur- und Lackfabrik Hamburg 23. Unverküpfelt und darum von so großer Werbekraft sind meine nach mehrl. wasserrechten Verfahren hergestellten und gereinigten Schellackpolituren und meine hochmodernen Holzbeizen...

Das soeben erschienene Januarheft des Sachblatt für Holzarbeiter behandelt u. a. Die Konstruktion der Stimmbeil die durch zahlreiche Zeichnungen erläutert wird...

Kunstgewerbliche Tischler-Fachschule COTHEN Erste deutsche Holz- und Poliermeister-Schule. Spezialkurse für alle Betriebsbeamten. Programm kostenlos durch die Direktion.

SEIT 20 JAHREN steht die Fachschule Detmold an der Spitze der Tischlerfachschulen. Silber-Medaille Paderborn.

Süddeutsche Schreiner-Fachschule Nürnberg. Erstkl. techn. u. kunstgewerbliche Lehranstalt m. Handelskursen. Größte und anerkannt beste Privatschule der Branche.

Thüringische Tischlerfachschule Ilmenau. Schnelle und sichere Ausbildung. DIREKTION: Architekt Kallisen.

Kunstgewerbliche Tischlerchule Blankenburg, H. 2. Programm frei. Direktor Reineking.

Paritätische Arbeitsnachweise im deutschen Holzgewerbe. Veranlaßt vom Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe und dem Deutschen Holzarbeiterverband.